

1950

Mensch im Mittelpunkt

Fünfzig Jahre Gewerkschaft der Polizei

2000

Mensch im Mittelpunkt

Fünfzig Jahre Gewerkschaft der Polizei

Von Wolfgang Dicke

Die hier vorgestellte 50-jährige Geschichte der GdP erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, schon gar nicht auf die Wissenschaftlichkeit eines Historikers. Es ist eine durchaus subjektiv geprägte Auswahl des Autors von Ereignissen, die die GdP-Geschichte mit der Entwicklung der Bundesrepublik verbinden, wobei natürlich ein besonderes Augenmerk Ereignissen im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit gilt.

1950

Genau dreizehn Zeilen ist der Hamburger Morgenpost in ihrer Freitag-Ausgabe am 15. September 1950 die Meldung wert: Unter der Überschrift „Polizei-Gewerkschaft“ wird berichtet, dass sich am 14. September 1950 im Hamburger Gewerkschaftshaus die „Gewerkschaft der Polizeibeamten“ gegründet hat: die Geburtsstunde der GdP auf Bundesebene.

Der 14. September 1950 – das ist ein Donnerstag. In der Geschäftsstelle des Polizeiverbandes Groß-Hamburg e. V. sind einige Polizisten reichlich übermüdet, aber auch

erleichtert. Sie haben in einer langen Nachtsitzung den Entwurf einer Satzung der „Gewerkschaft der Polizeibeamten“ fertiggestellt.

Nur wenige Stunden später, morgens um 9.00 Uhr, trifft man sich im Haus des noch jungen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Besenbinderhof an der Großen Allee, wieder: die Vertreter der Polizeibeamtenverbände von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg; ebenfalls dabei sind Vertreter des „Verbandes der Polizeiangehörigen“ aus Berlin, die aber nicht Beamte, sondern Angestellte und Arbeiter im Polizeidienst sind.

Der unterschiedliche Status – aus den Ländern der britischen Besatzungszone nur Beamte, aus Berlin Angestellte und Arbeiter – hat seinen Grund. Die britische Militärregierung gestattet eine Berufsvertretung bei der Polizei ausschließlich für Beamte, während in Berlin es umgekehrt keinen Beamtenstatus gibt, also Polizisten Angestellte sind.

Die Delegierten im Besenbinderhof machen das Klügste daraus. Sie gründen eine Gewerkschaft, die gleichermaßen Beamten, Angestellten und Arbeitern im Polizeidienst eine gewerkschaftliche Heimat bietet, und nennen das Ganze folgerichtig „Gewerkschaft der Polizei“. Dies hat zugleich den gewichtigen Vorteil, sich nicht nur Gewerkschaft zu nennen, sondern auch eine zu sein. Der Begriff setzt nämlich voraus, dass gewerkschaftliche Forderungen nötigenfalls auch mit den Mitteln des Arbeitskampfes durchgesetzt werden können, und das geht allein mit den Angestellten und Arbei-

IMPRESSUM:

dp-special No. 12 zur Ausgabe
Deutsche Polizei 9/2000
Fachzeitschrift und Organ
der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a,
40721 Hilden, Telefon (0211) 7104-0,
Telefax (0211) 7104-222

Redaktion:

Adalbert Halt (verantwortlich)
Rüdiger Holecek

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon (0211) 7104-101 bis 105,
Telefax (0211) 7104-138
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de

Design & Layout:

Rembert Stolzenfeld

Titel: Rembert Stolzenfeld

Bildnachweis:

GdP-Archiv, dpa, Polizeipräsidium
Düsseldorf Abt. Öffentlichkeitsarbeit.

Verlag & Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEI-
LITERATUR GMBH,
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-183
Telefax (0211) 7104-174

Anzeigenleiter:

Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27
vom 1. September 2000.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Telefon 02831-396-0,
Telefax 02831-89887

tern im öffentlichen Dienst. Den Beamten steht das Mittel des Streiks nicht zur Verfügung.

Die Versammlung benennt vorläufige Vorstandsmitglieder, die ihr Amt bis zum ersten Kongress wahrnehmen sollen. Vorsitzender wird der 59-jährige Wuppertaler Polizeidirektor Fritz Schulte.



Fritz Schulte, GdP-Vorsitzender von 1950 bis 1955.

Zu dieser Zeit hat ein Polizeimeister schon Führungsfunktionen auf der Wache. Ein Polizeidirektor gar ist ein unvorstellbar „hohes Tier“. Und so einer wird Gewerkschaftsvorsitzender?

Der Grund liegt in seiner persönlichen Vita. Fritz Schulte, seit 1919 Polizist, engagiert sich nach dem Ersten Weltkrieg in dem gerade gegründeten „Verband Preußischer Polizeibeamter“; 1933 wird er als überzeugter Gewerkschafter aus dem Polizeidienst entlassen und muss den Weg ins Konzentrationslager antreten. Er überlebt und tritt nach Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 wieder in den Polizeidienst ein.

Er tut genau das, was er schon einmal getan hatte: Er engagiert sich für den Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation. Die Gründung des „Bundes der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen“ im Juli 1949 ist ganz wesentlich sein Werk.

Der Autor

Wolfgang Dicke (57) ist der dritte Geschäftsführer seit Gründung der GdP auf Bundesebene. Erster Geschäftsführer war Klaus Hübner von 1953 bis 1969, als er zum Polizeipräsidenten in Berlin gewählt wurde; dieses Amt hatte er bis 1987 inne. Sein Nachfolger als Geschäftsführer war Friedel Gniesmer aus Niedersachsen, der das Amt von 1969 bis 1985 bekleidete. Kollege Gniesmer starb im Februar 1999 im Alter von 77 Jahren. Wolfgang Dicke, gelernter Tageszeitungsredakteur, kam nach einer informatorischen Beschäftigung bei der Polizei NW 1969 als Pressereferent zum GdP-



Landesbezirk NRW, ehe ihn der damalige Bundesvorsitzende Werner Kuhlmann 1971 zur Bundespressestelle holte. 1986 wurde Kollege Dicke in die Leitung des Büros Vorsitzender und der Bundesgeschäftsstelle berufen.

Die Gründung der Gewerkschaft der Polizei ist im Grunde nichts anderes als die Zusammenfassung der Polizeibeamtenverbände der britischen Zone und West-Berlins. Aus den Verbänden werden die Landesbezirke der GdP, und alles in allem zählt die GdP im Herbst 1950 42.000 Mitglieder. Eines ist klar: Man will sich nicht auf die britische Zone und West-Berlin beschränken, sondern strebt eine Ausdehnung auf das ganze Bundesgebiet an.

Am selben Tag, als im Besenbinderhof die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und West-Berlin zusammensitzen, um die GdP zu gründen, steht die Hamburger Polizei in einem schwierigen Einsatz. Am Sievekingplatz vertreibt ein großes Polizeiaufgebot „Zusammenrottungen“ (so die Hamburger Morgenpost) von Anhängern des kommunistischen Jugendverbandes FDJ. Acht Personen werden festgenommen, u. a. wegen versuchter Gefangenenerbefreiung. Sie werden dem „Hohen britischen Gericht“ zugeführt.

In Bonn kritisiert die SPD-Bundestagsfraktion in einer Anfrage an die Bundesregierung, dass die Zuckerversorgung im Bundesgebiet „zusammengebrochen ist, während gleichzeitig Zucker zu Schwarzmarktpreisen überall angeboten wird“.

Ein Polizeihauptwachtmeister mit zehnjähriger Dienstzeit, 32 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, hat im Sommer 1950 Bruttomonatsbezüge von 305,50 DM. Sein Kollege im Angestelltenverhältnis nach Vergütungsgruppe VIII erhält unter vergleichbaren persönlichen Voraussetzungen 306,50 DM. Zur gleichen Zeit muss man für die Miete in einer Neubauwohnung von ca. 70 qm im sozialen Wohnungsbau 56 DM bezahlen. Ein bitteres Wort macht unter den Polizeigewerkschaftern die Runde: Sollen wir den neuen Staat groß hungern?

50 JAHRE GdP

Zum Vergleich: Der Wochenlohn eines Industriearbeiters liegt bei 55 DM brutto.

Überhaupt rumort es unter Arbeitnehmern. In Hessen sprechen sich über 90 Prozent der Metallarbeiter für einen Lohnstreik aus; umgekehrt droht die Geschäftsführung der Henschel-Werke in Kassel, bei einem Streik sämtliche Werke stillzulegen und die gesamte Belegschaft zu entlassen. In Düsseldorf einigt man sich auf Tariferhöhungen von durchschnittlich zwölf Prozent für die Arbeitnehmer der Bekleidungsindustrie.

Die erste größere gewerkschaftspolitische Initiative widmet die junge GdP am 27. Oktober 1950 der Polizeiverstärkung, vornehmlich im Einzeldienst. Darüber hinaus müssten – so die GdP – Einsatzreserven in Form von Polizeibereitschaften geschaffen werden, doch dürfe die Bezeichnung „Polizei“ nicht als Deckname für die Aufstellung halbmilitärischer Verbände dienen. Die Aufgaben der Bereitschaftspolizei dürften nur polizeilicher Natur sein.

Die Weltpolitik ist bestimmt durch den Korea-Krieg. Das wirkt sich bis nach Europa aus. Ebenfalls am 14. September 1950 tagen in New York die Außenminister der Atlantikpakt-Staaten. Thema: die Wiederbewaffnung Deutschlands. Der holländische Außenminister Dirk Stikker erklärt, die Niederlande hielten eine Bewaffnung der deutschen Bundesrepublik für notwendig, da die Deutschen einen Anteil an der allgemeinen Last der westeuropäischen Verteidigung übernehmen müssten. Auch der kanadische Außenminister Lester Pearson ist für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, da die Sowjetzone bereits wieder bewaffnet sei.

Die erste Volkszählung nach der Gründung der Bundesrepublik vom 13. September 1950 belegt, dass fünf Jahre nach Kriegsende noch 2,17 Millionen Menschen in Notunterkünften außerhalb von Häusern leben; über zwölf Millionen Bürger wohnen zur Untermiete.

Am selben Tag wendet sich der Deutsche Bundestag an die Vereinten Nationen, um gegen die vier Wo-

Niederschrift

Über die Sitzung der Interessengemeinschaft der Polizeibeamtenbünde der brit. Zone und West-Berlins.

Die in der Interessengemeinschaft zusammengefaßten Landesverbände – vertreten durch die in der Anlage aufgeführten Vorstandsmitglieder – haben sich in ihren Sitzungen vom 13. und 14.9.1950 in Hamburg zur

"Gewerkschaft der Polizeibeamten"

konstituiert und für diese die beiliegenden vorläufigen Satzungen beschlossen.

Su vorläufigen Vorstandsmitgliedern hat die Versammlung nominiert:

1. Vorsitzender: Fritz S c h u l t e, Nordrhein-Westfalen,
2. " August H e n n, Niedersachsen,
3. " Alfred S t r e i c h, West-Berlin,

Schriftführer: wird von Hamburg nominiert,

Kassierer: Eugen M a d e r, Nordrhein-Westfalen.

Außerdem beschloß die Versammlung:

Die nach §§ 5 und 6 erforderlichen Weisitzer des Gesamtvorstandes und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses benennen die Polizeiberufsorganisationen der Länder bis zum 10.10.1950.

Weiter faßte die Versammlung folgenden Beschluß:

Zur ersten Finanzierung der Gewerkschaft der Polizeibeamten leiten die angeschlossenen Polizei-Berufsorganisationen eine erstmalige Zahlung von DM.0,25 pro Mitglied nach dem Stand vom 1.7.1950. Der Kassierer soll den Polizeiberufsorganisationen deshalb nähere Mitteilung zukommen lassen.

Anlagen

1. Anwesenheitsliste und die Satzung der "Gewerkschaft der Polizeibeamten".

Hamburg: _____
 Niedersachsen: _____
 Nordrhein-Westf.: _____
 Schleswig-Holst.: _____
 West-Berlin: _____

Ein geschichtliches Dokument, die Niederschrift über die Gründung der Gewerkschaft der Polizei im September 1950 in Hamburg.

In der Düsseldorfer Rheinhalle protestieren 1950 Kollegen gegen ihre unerträgliche wirtschaftliche Lage.





Die Polizei wird mobil, hier eine Motorradstreife Ende der 50er Jahre.

chen später in der Sowjetzone geplanten Wahlen zu protestieren; sie werden als „ungesetzlich und nach demokratischem Recht null und nichtig“ bezeichnet. Die Art ihrer Durchführung – so zitiert Die Welt aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer – stehe zu der so pathetisch verkündeten Verfassung der so genannten Deutschen Demokratischen Republik in schreiendem Widerspruch.

Was geschah noch? Im ersten Fußballländerspiel nach dem Zweiten Weltkrieg schlägt die Nationalelf der Bundesrepublik am 22. November 1950 im Stuttgarter Neckarstadion die Mannschaft der Schweiz durch ein ElfmeterTOR von Verteidiger Herbert Burdenski (Werder Bremen) mit 1:0.

1951

Die GdP wächst: Aus dem „Verband der Polizeiangehörigen von Rheinland-Pfalz“ wird der Landesbezirk Rheinland-Pfalz der GdP, und am 25. August 1951 wird der Landesbezirk Hessen gegründet.

Letzteres ist im Grunde eine Trotzreaktion. Die hessischen Kollegen beschließen auf einer Versammlung am 1. Juni 1951 in

Frankfurt a. M., alle Polizeibiensteten in der Bundesrepublik und West-Berlin in einer selbstständigen Polizeigewerkschaft als „17. Säule im DGB“ zusammenzuführen. Der ÖTV-Hauptvorstand in Stuttgart lehnt dies rundheraus ab. So bleibt den Hessen kein anderer Weg, als sich als Landesbezirk der GdP anzuschließen.

Das Thema des Beitritts zum DGB beherrscht den ersten Delegiertenkongress am 11. und 12. September 1951 auf dem Rittersturz in Koblenz. In einer Entscheidung wird der Gewerk-

schaftsvorstand beauftragt, sich mit allem Nachdruck um die Aufnahme der GdP in den DGB zu bemühen. Der DGB-Bundesvorstand legt daraufhin dem 2. DGB-Bundeskongress 1952 einen Antrag zur Satzungsänderung vor, um die Aufnahme der GdP zu ermöglichen. Die ÖTV wehrt sich und setzt letztlich ihrerseits eine Satzungsänderung durch, die die Aufnahme der GdP in den DGB vom Einverständnis der ÖTV abhängig macht. Um es gleich vorweg zu nehmen: So bleibt es trotz wiederholter Anstrengungen der GdP bis 1978. Erst dann gibt die ÖTV ihren Widerstand auf und



Schutzhund-Ausbildung bei der Polizei 1951.

macht den Weg zum Beitritt der GdP zum DGB frei.

Der 1. GdP-Bundeskongress beschließt aber noch mehr. Zur Information der Mitglieder soll die Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI monatlich erscheinen; als praktische Hilfe für den allgemeinen Polizei-



Zusammenarbeit von Schutz- und Kriminalpolizei Ende der 40er Jahre bei der gemeinsamen Spurensuche an einem Tatort.

dienst wird die Herausgabe des Polizeikalenders beschlossen, für die Kollegen der Kriminalpoli-



Geschlossene Einheiten werden wieder aufgebaut, hier 1951 in Düsseldorf.

zei kommt das „Taschenbuch für Kriminalisten“ heraus.

Der Kongress verabschiedet eine Resolution zu einem Thema, dessen Kern – die leistungsgerechte Bezahlung – sich wie ein Dauerbrenner durch die gesamte gewerkschaftliche Geschichte zieht: „Neuordnung des Besoldungswesens auf der Grundlage der gestiegenen Lebenshaltungskosten unter Berücksichtigung der von der Polizei geforderten Dienstleistungen“.

Ebenfalls von bleibender Aktualität ist die Begründung zu einer Forderung, die Besonderheiten des Polizeidienstes in beamtenrechtlichen Regelungen zu würdigen. In dieser heute etwas gestelzt klingenden Begründung heißt es: „An den Polizeibeamten – und zwar gerade an den Streifenbeamten auf der Straße – werden auch bezüglich seiner geistigen Reaktionsfähigkeit, seiner Entschlussfähigkeit und Einsatzfreudigkeit besondere Anforderungen gestellt. Der Polizeibeamte auf der Straße muss häufig in Sekundenschnelle Entscheidungen treffen, wobei er weder seinen Vorgesetzten fragen, noch ein Gesetz-

buch nachschlagen kann. Die Gefahr, dass er selbst dabei unvorsätzlich Gesetze verletzt (Freiheitsberaubung, Körperverletzung pp.), ist größer, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.“

Dieser Beschreibung der eigenverantwortlichen Tätigkeit des Polizeibeamten entspricht der Entwurf einheitlicher Laufbahnvorschriften,

die der Kongress verabschiedet. Hier wird der Grundstein für die Einheitslaufbahn bei der Polizei gelegt, also die Möglichkeit, bei Erfüllung der jeweiligen laufbahnrechtlichen Prüfungen vom Anwärter bis in die höchsten Ämter des Polizeivollzugsdienstes aufzusteigen.

Was heute als Kuriosum erscheint, ist 1951 völlig normaler Sprachgebrauch: Es gibt nicht nur „Beamte“, es gibt auch „Oberbeamte“. So heißen zu jener Zeit Beamte des gehobenen Dienstes.

Auf dem Hintergrund des politischen Klimas beim andauernden Korea-Krieg beschließt der Bundestag am 16. März 1951 das Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden. Der BGS dieser Zeit ist ein paramilitärischer Verband, gegen den die GdP die Bereitschaftspolizei als rein polizeiliche Einrichtung abzugrenzen versucht. Die Grundausbildung bei der Bereitschaftspolizei, obligatorisch für jeden angehenden Polizisten, umfasst – völlig normal – die Ausbildung am MG 42 und am Granatwerfer.

Mit Gesetz vom 8. März 1951 wird das Bundeskriminalamt eingerichtet, die einzige „echte“ po-

lizeiliche Institution des Bundes, wie die GdP mit einem Seitenhieb auf den paramilitärischen BGS feststellt.

Im Frühjahr 1951 erlebt die noch junge Bundesrepublik nach einem anfänglichen wirtschaftlichen Aufschwung ihre erste Wirtschaftskrise mit über 2 Millionen Arbeitslosen. Einer der Gründe hierfür ist die viel zu geringe Kaufkraft der Arbeitnehmer auf dem Inlandsmarkt. Zugleich belastet die Unterstützung für Arbeitslose, Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsoffer den Staatshaushalt erheblich.

Fragen von Besoldung und Versorgung regeln sich noch nach dem Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 einschließlich der Gehaltskürzungen aus den Zeiten Brünnings aus den Jahren 1930 und 1931. Die letzte Brünningsche Gehaltskürzung ist seit dem 1. Oktober 1950 weggefallen.



„Die Sünderin“ Hildegard Knief - 1953 Anlass für den Aufstand der Sittenwächter.

Am 6. Dezember 1951 wird das „Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts“ verabschiedet, das zum 1. April 1952 den Beamten eine nichtruhegehaltfähige Zulage in Höhe von



Frauen bei der uniformierten Polizei gibt's in einigen Ländern schon seit dem Wiederaufbau der Polizei, aber nur in Sonderfunktionen. Erst 1980 wird der allgemeine Dienst bei der Schutzpolizei für Frauen geöffnet.

15 v. H. des Grundgehalts gewährt.

Wie groß die wirtschaftliche Not bei den Polizeibesetzten in einigen Ländern ist, beweist sich in Schleswig-Holstein. Dort beschäftigt sich 1951 die Landesversammlung der GdP u. a. mit der „Brennstoff- und Kartoffelbeschaffung für die Kollegen“.

Die Bundesrepublik Deutschland schließt am 18. April 1951 in Paris

zusammen mit Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden den Montan-Union-Vertrag. So entsteht die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, die Keimzelle für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und schließlich die Europäische Union.

Es ist die Umsetzung einer Idee, die der französische Außenminister Robert Schuman in seiner Rede vom 9. Mai 1950 formuliert hat: in einem pragmatischen Prozess wirtschaftlicher Zusammenarbeit Frieden, Freiheit und Wohlstand in ganz Europa dauerhaft zu sichern.

Zur Montan-Union passt, dass der Bundestag am 10. April 1951 das Gesetz über die Montan-Mitbestimmung im Bergbau und der Eisen- und Stahlindustrie beschließt.

Das Blaulicht an Polizeifahrzeugen dreht sich in diesen frühen fünfziger Jahren noch nicht: Die Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung vom 25. November 1951 schreibt im Paragraphen 52 Abs. 3 vor: „Zusätzlicher Scheinwerfer für blaues Licht (Kennscheinwerfer)“.

Was geschah noch? Gleich zu Jahresbeginn 1951 erschüttert ein Skandal die Bundesrepublik. Am 18. Januar wird der Film „Die Sünderin“ uraufgeführt. In einer kurzen Szene ist die Hauptdarstellerin Hildegard Knef nackt zu sehen. Kirchenvertreter empören sich: Der Film ersetze die „sittlichen Begriffe unseres christlichen Volkes“. Dazu passt, dass der Deutsche Bundestag am Jahresende, am 4. Dezem-

ber 1951, das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit verabschiedet.

1952

Zum 1. Januar 1952 erscheint die erste bundesweite Ausgabe der GdP-Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI.

Ab 1. April 1952 erhöht sich das Monatsgehalt des schon einmal als Beispiel erwähnten Polizeihauptwachtmeisters unter Berücksichtigung von Frau und zwei Kindern auf 346,50 DM, also etwa 40 DM monatlich mehr als 1950. Der vergleichbare Angestellte erhält nunmehr 368,70 DM gegenüber 306,50 DM im Jahr 1950. Gleichzeitig ist die Miete für die Neubauwoh-



Heute ein nostalgisches Bild: Mitte der 50er Jahre regelt ein Verkehrsposten für ein Dreirad den Verkehr.

nung von 56 DM auf 63 DM monatlich gestiegen.

Einen beispielhaften Schritt vorwärts schafft der GdP-Landesbezirk Berlin. Er überzeugt die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses davon, dass die Polizisten gegenüber der allgemeinen inneren Verwal-

tung ein höheres Maß an Verantwortung zu tragen haben.

Ergebnis: Die Polizeibeamten des mittleren Dienstes mit den Amtsbezeichnungen Polizeihauptwachtmeister, Polizeimeister und Polizeiobermeister (bei der Kriminalpolizei die Kriminal-



17. Juni 1953 in Berlin: Demonstranten werfen mit Steinen nach russischen Panzern.

assistenten, -sekretäre und -obersekretäre) werden um je eine Besoldungsgruppe gehoben. Falls hier das Amt des Hauptmeisters vermisst wird: Dies gibt es 1952 noch nicht, der Obermeister ist Spitzenamt des mittleren Dienstes und für Führungsfunktionen auf der Polizeiwache vorgesehen. Der Berliner Erfolg wird zum Vorbild für den Kampf, den die GdP in den übrigen Ländern führt. Die GdP verlangt schlicht die Abkehr vom noch geltenden Reichsbesoldungsgesetz und die Schaffung eines neuen Besoldungsrechts.

Der Arbeitskreis II der Innenminister und -senatoren der Länder (das sind die Leiter der Polizeiabteilungen der Innenministerien) berät vom 16. bis 18. Juni 1952 die Frage der Polizeibesoldung. Dieser Arbeitskreis folgt der GdP-Forderung und empfiehlt die generel-

le Höhergruppierung des mittleren Polizeivollzugsdienstes sowie die steuerfreie Gewährung einer Polizeizulage auf den einheitlichen Satz von 30 DM.

Ein wichtiges Thema für die GdP in mehreren Landesbezirken: die Verstaatlichung der Polizei.

Gemeint ist damit, das von den Alliierten nach Kriegsende angeordnete bunte Nebeneinander von kommunaler und Landespolizei, die wiederum unterteilt in Polizei und Gendarmerie, zu beenden; die GdP will stattdessen eine einheitliche Landespolizei.

In Essen setzt sich der GdP-Landesbezirk NRW mit einer für damalige Verhältnisse riesigen Demonstration mit 6000 Teilnehmern durch. NRW-Ministerpräsident Dr. Meyers gibt nach; Ergebnis: Zum 1. Oktober 1953 wird die Polizei NRW verstaatlicht, die Grundgehälter werden nochmals um 20 Prozent (!) erhöht.

Erfolg auch in Berlin: Seit dem 1. Dezember 1952 sind dort Polizisten wieder Beamte und nicht mehr Angestellte.

Was geschah noch? Am 24. Juni 1952 ändert sich die Welt für Medien und Öffentlichkeit: Zum ersten Mal erscheint die BILD-Zeitung, an jedem Kiosk für 10 Pfennig zu haben. Schlagzeile: „Ist Churchill zu alt?“ – ein Bericht über die angebliche Unzufriedenheit der Engländer mit ihrem Premier.

Am 2. Weihnachtstag 1952 be-

ginnt das Fernseh-Zeitalter: Zum ersten Mal wird die Tagesschau ausgestrahlt.

1953

Am 2. Delegiertenkongress am 24. und 25. Februar 1953 in Bad Honnef nehmen erstmals auch Delegierte des Landesbezirks Baden-Württemberg teil, der sich ein Jahr zuvor gegründet hatte.

Ausführlich beschäftigt sich der Kongress mit dem Verhältnis der Polizei zum Staat, zur Bevölkerung und zur Regierung. Die Diktion der entsprechenden Entschließung klingt heute reichlich geschwollen, der grundlegende Gedanke ist gleichwohl von bleibender Aktualität:

„Die Polizei darf nicht nur ein Vollzugsorgan der Regierung sein. Ihre Bediensteten müssen als gleichberechtigte Staatsbürger aus dem Volke kommen, im Volk stehen und lebendigen Anteil am Geschehen im Volksleben nehmen ...“



Bundeskanzler Konrad Adenauer erreicht 1955 in Verhandlungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin in Moskau die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

Zum 1. Mai 1953 gründet sich der GdP-Landesbezirk Bayern,

und am 1. Oktober 1953 übernimmt Klaus Hübner aus Berlin die Geschäftsführung der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Düsseldorf-Benrath.

Das politisch bedeutsamste Datum des Jahres 1953 ist der 17. Juni: In über 270 Städten und Gemeinden der DDR brechen Unruhen aus, an denen sich schließlich rund 300.000 Arbeiter beteiligen. Aus dem Protest der Bauarbeiter gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen entstehen politische Forderungen, vor allem nach freien Wahlen. Noch am Abend des-



Der Tschako, Relikt vergangener Zeiten, wird noch bis Ende der 60er Jahre bei der Bereitschaftspolizei getragen.

selben Tages haben bewaffnete Kräfte der DDR und der Sowjetunion die Unruhen gewaltsam beendet.

Was geschah noch? Das Bundesverfassungsgericht erklärt am 18. Dezember 1953 die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau für rechtens und fordert vom Gesetzgeber Änderungen am Ehe- und Scheidungsrecht, um noch vorhandene Diskriminierungen der Frau zu streichen. In einer Benimmfibel aus dieser Zeit heißt es: „Im Lokal – Der Herr erhält die Speisekarte und schlägt der Dame einige Gerichte vor, unter denen sie dann wählen kann.“ Von wegen selber aussuchen!

1954

Erstaunlich, wie gleichbleibend aktuell selbst aus heutiger Sicht die Slogans der GdP-Kongresse gewesen sind. Der Delegiertenkongress im April 1954 in Köln steht unter dem Motto „Staatliche Ordnung und persönliche Freiheit“. Hierzu passt, dass sich die Delegierten intensiv mit dem Thema der Mitbestimmung beschäftigen, weil man abkehren will von den Obrigkeitsvorstellungen, die immer noch den Geist des Dienstrechts bestimmen. Der Kongress greift in seinen Vorstellungen über ein modernes Personalvertretungsrecht sehr weit in die Zukunft: weitgehende Mitbestimmungsrechte. Reaktion konservativer Politikkreise: Das bedeute die „Bolschewisierung der Verwaltung“.

Die GdP legt im Herbst 1954 eine „Denkschrift zu einer Besoldungsreform“ vor. Wichtigster Punkt: die Höhergruppierung des Polizeidienstes. Die Denkschrift ist nicht nur das Ergebnis zweijähriger Arbeit der GdP-Besoldungskommission, um zu bundesweit einheitlichen Forderungen zu

falen erreicht wird. Dort reduziert das Landesbesoldungsgesetz (die Zuständigkeit für die Besoldung liegt zu jener Zeit nicht beim Bund, sondern bei jedem Land selbst) die Zahl der Besoldungsgruppen und erhöht den Wohngeldzuschuss. Bundesfinanzminister Dr. Julius Schäffer reagiert erbost. Der Erfinder des „Julius-Turms“ – das ist der Sparstrumpf der Bundesregierung – hält offenbar den NRW-Vorstoß für pure Geldverschwendung und klagt gegen das Gesetz beim Bundesverfassungsgericht. Begründung: Die bessere Regelung in NRW verstoße gegen das Grundgesetz. Die Karlsruher Richter entscheiden anders: In Besoldungsfragen sind nach ihrer Meinung die Länder frei.

Ein Relikt aus alter Zeit soll abgeschafft werden: der Tschako. Es dauert allerdings noch Jahre, bis diese GdP-Forderung vollends erfüllt ist.

Ein Slogan von weitreichender gewerkschaftlicher und gesellschaftspolitischer Bedeutung macht seit dem 1. Mai 1954 die Runde: „Samstags gehört Vati mir“, heißt es auf dem 1.-Mai-Plakat des Deutschen Gewerk-

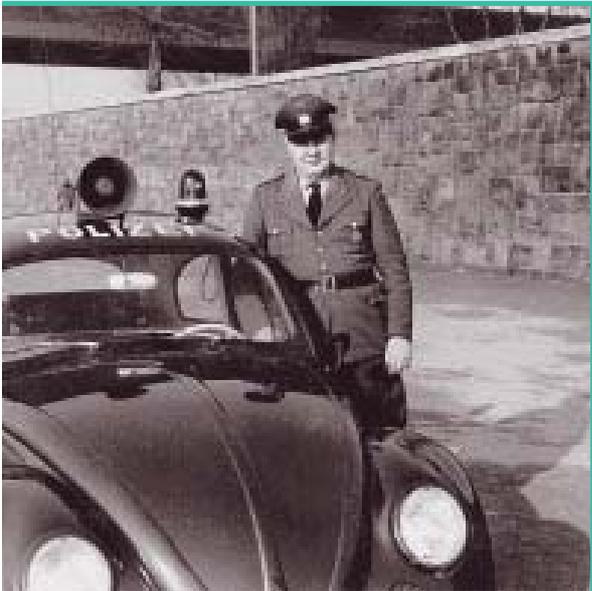
Die Motorisierung ist noch bescheiden, die Begeisterung umso größer. Ein Verkehrsposten regelt Mitte der 50er Jahre den Verkehr für eine Motorroller-Rallye.



kommen – sie ist auch eine Reaktion auf einen ordentlichen Schritt vorwärts, der in Nordrhein-West-

schaftsbundes – die Einleitung der Kampagne für die 5-Tage-Woche.

50 JAHRE GdP



Der Funkstreifendienst verbreitet sich Anfang der 60er Jahre.

Was geschah noch? „... aus dem Hintergrund müsste Rahn schießen, er schießt, Tor, Tor, Tor für Deutschland!“ Das ist die unvergessliche Rundfunkreportage von Reporter Herbert Zimmermann am 4. Juli 1954 aus dem Berner Wankdorf-Stadion. Deutschland ist Fußballweltmeister mit einem 3:2 Sieg über Ungarn.

1955

Der Delegiertenkongress am 26./27. April 1955 in Remagen stellt bei der Debatte über ein neues Beamtenrechtsrahmengesetz eine unerhörte Forderung. Die Zölibatsklausel soll wegfallen! Damit ist nicht der Pfarrer oder der Papst gemeint, sondern der junge Polizist, der bis dato nicht ohne Zustimmung seines Vorgesetzten heiraten darf.

Dem anlaufenden Wirtschaftswunder folgt die Motorisierungswelle – und die Polizei zieht mit. Beispiel: In NRW startet 1955 der Großversuch für den durchgängig motorisierten Streifendienst. Begründung: „motorisierte Streifen anstelle von Fußstreifen zum Zwe-

cke eines vermehrten polizeilichen Erfolgs“. Das wird heute teilweise schon wieder anders gesehen.

Das Datum vom 19. April 1955 verdient besondere Beachtung. An diesem Tag beschließt die Internationale Union der Polizeigewerkschaften (UISP), die GdP als einzige Berufsvertretung der deutschen Polizei aufzunehmen. Angesichts der Tatsache, dass die UISP von Polizeigewerkschaften aus Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg und Belgien gegründet wurde, ist die Aufnahme der GdP ein beachtlicher Vertrauensbeweis für eine der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete Polizei in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland.

Wie oft ist schon von einem „heißen Herbst“ gesprochen worden – der Herbst des Jahres 1955 ist einer: Die Innenministerkonferenz lehnt in Bad Pyrmont die Höhergruppierung des Polizeidienstes ab. Daraufhin ruft der GdP-Vorsitzende Fritz Schulte zum bundesweiten Protest auf. Mitten in diesen ernsten Auseinandersetzungen stirbt Fritz Schulte am 15. Dezember 1955 kurz vor seinem 64. Geburtstag.

Den Auftakt der Protestwelle machten die Kollegen des Landesbezirks NRW am 21. Dezember

1955 im Kölner Williamsbau. Der NRW-Innenminister versucht, die Kundgebung zu verhindern. Er löst für die Kölner Polizei Großalarm aus und verbietet den Schweigemarsch durch die Kölner Innenstadt. Dennoch kommen 4000 Kollegen zur Kundgebung. Fritz Preuß, der den GdP-Vorsitz übernommen hat, organisiert in rund 20 Städten der Bundesrepublik Deutschland Protestveranstaltungen, die bis in den Februar 1956 hineinreichen. Insgesamt beteiligen sich hierbei am Protest von 63.000 GdP-Mitgliedern 26.000, also mehr als ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft.

Erfahrung macht klug: Nachdem bei einem einzigen Einsatz der Berliner Polizei gegen kommunistische Demonstranten über 30



Anerkennung für die Verkehrsposten vom Weihnachtsmann; so etwas gibt's in den 50er Jahren.



Deutsche und französische Polizisten begegnen sich anlässlich der „Pariser Woche“ im April 1955 in Düsseldorf.

hölzerne Schlagstöcke zerbrochen sind, wird in Berlin 1955 der Gum-



Fritz Kehler, GdP-Vorsitzender von 1956 bis 1958.

miknäppel eingeführt, der später in allen Ländern den hölzernen Schlagstock ersetzt.

Am 14. Juni 1955 wird die Vermögensverwaltungsgesellschaft der Gewerkschaft der Poli-

zei mbH gegründet. Der Sinn ist einfach: Die „VV“, wie sie kurz genannt wird, ist eine Antwort auf das Steuerrecht. Danach führt schon die geringste wirtschaftliche Betätigung, wie etwa die selbstständige Bewirtschaftung eines Erholungsheims, zur steuerlichen Veranlagung des gesamten

heraus, sondern umfangreiche Fachliteratur für die Polizei.

Eine „Schnapszahl“, der 5.5.55, steht für ein politisch bedeutsames Datum. „Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän“, erklärt Bundeskanzler Konrad Adenauer. An diesem Tag endet mittags um 12.00 Uhr die Besatzungszeit in den drei ehemaligen Westzonen.

Was geschah noch? Am 7. Oktober kehren die ersten Kriegsgefangenen aus der UdSSR zurück, deren Rückführung Kanzler Adenauer in Moskau mit dem sowjetischen Staatschef Bulganin vereinbart hat.

1956

Der erbitterte Kampf der GdP ums liebe Geld gilt nicht nur den

Fototermin zur Düsseldorfer Modemesse in den 50er Jahren.



Vermögens einer Organisation. Daher übernimmt die VV als Gründung der GdP die wirtschaftliche Tätigkeit und sichert so deren Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit.

Die „VV“ übernimmt den von den Landesbezirken in Hamburg und Schleswig-Holstein gegründeten „Verlag Deutsche Polizei“. Der Verlag gibt nicht nur die GdP-Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI

Beamten, sondern auch den Arbeitern und Angestellten. Zum 1. Januar 1956 tritt ein neuer Tarifvertrag in Kraft, der im Schnitt die Einkommen der Tarifbeschäftigten um rund sechs Prozent anhebt – keineswegs ausreichend angesichts der Preissteigerungen.

Zum 1. April 1956 erhält ein Polizeihauptwachtmeister 464,80 DM, ein Angestellter der

50 JAHRE GdP

Vergütungsgruppe VIII 458,00 DM, der Arbeiter nach der damaligen Lohngruppe S III 412,36 DM. Inzwischen muss man für eine Neubauwohnung von 70 qm im sozialen Wohnungsbau schon 100 DM Miete bezahlen.

Auf dem 5. GdP-Kongress in Berlin Anfang Mai 1956 wird der 66jährige Fritz Kehler, seit 1946 Polizeirat in Dortmund, zum GdP-Vorsitzenden gewählt.



Ein bis heute beliebtes Fotomotiv, das Gruppenbild, meist nach erfolgreichem Abschluss von Kursus oder Lehrgang.

Der Streit um eine angemessene Bezahlung wird nach einem im Grunde bis heute aktuellen Schema geführt: Der eigentliche Gegner sind nicht einmal die Innenminister, sondern die Finanzminister. In mehreren Gesprächen lassen sie sich nicht erweichen. Der Durchbruch gelingt im bevölkerungsreichen Land Nordrhein-Westfalen. Dort beschließt der Landtag, die Höhergruppierung zum 1. April 1957 wirksam werden zu lassen.

Zum 1. November 1956 müssen an allen Dienstfahrzeugen der Polizei die bisherigen Kennschein-

werfer für blaues Dauerlicht durch das blaue Rundumlicht ersetzt werden.

Auf der Internationalen Polizeiausstellung im September 1956 in Essen präsentiert sich die GdP zusammen mit der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP).

Am 2. Januar 1956 beginnen die ersten Lehrkompanien der neuen Bundeswehr ihren Dienst. Ein Großteil der Soldaten kommt vom Bundesgrenzschutz zur Bundeswehr; der BGS bleibt aber – stark personell geschwächt – bestehen.

Was geschah noch? Für Polizei wie Bürger bedeutsam: Am 11. Oktober 1956 beschließt der Deutsche Bundestag die Einführung des Verkehrszentralregisters in Flensburg, der Verkehrssünder-Kartei.

1957

Im Februar 1957 schließt sich die „Vereinigung deutscher Polizeibeamter an der Saar“ als Landesbezirk Saarland der GdP an. Gegenüber den Bundestagsfraktionen vertritt die GdP ihre grundsätzliche Forderung zur Höhergruppierung des mittleren Dienstes. Am 27. Mai 1957



Die junge Republik präsentiert sich beim Staatsbesuch Anfang der 50er Jahre, die Ehrenwache der Polizei noch mit Tschako und Stiefeln.



Polizei-Porsche und Eskorte beim Staatsbesuch vor dem Benrather Schloss bei Düsseldorf.

Elvis Presley, US-amerikanischer Rock-'n'-Roll Sänger, steigt am 2. Oktober 1958 im hessischen Friedberg aus dem Zug.



beschließt der damalige Beamtenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages die Höhergruppierung, und am folgenden Tag beschließt das Plenum endlich entsprechend. Der Erfolg hängt am seidenen Faden. Bis zur letzten Minute wirkt die GdP auf die Fraktionssprecher ein, auch die Kriminalbeamten in die Höhergruppierung einzubeziehen. Es gelingt.

Nunmehr ist es an den Ländern, die Höhergruppierung umzusetzen. In Hamburg muss noch einmal mit einer Protestkundgebung nachgeholfen werden.

Mit dem neuen Beamtenrechtsrahmengesetz werden zugleich weitere wichtige Forderungen der GdP erfüllt:

Die Festlegung des Pensionsalters für Polizeivollzugsbeamte auf 60 Jahre, die Zahlung eines 7-fachen Monatsgehalts als Abfindung.

Heute kaum vorstellbar: Für die Angestellten kämpft die GdP dafür, ab dem 21. Lebensjahr ebenso wie die Beamten ein ungekürztes Grundgehalt zu bekommen. Konkret: Der 21-jährige Angestellte erhält nur 90 Prozent der ohnehin nicht hohen Anfangsgrundvergütung und muss obendrein auch noch die Sozialversicherungsbeiträge bezahlen.

Durch die Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ wird am 25. März 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, zu der sechs europäische Staaten gehören.

1958

Der Kongress am 30./31. Oktober 1958 in Stuttgart wählt den 37-jährigen Kriminalkommissar Werner Kuhlmann, seit 1956 bereits Vorsitzender des Landesbezirks NRW, zum Bundesvorsitzenden. Ein wichtiger Generationswechsel: Zum ersten Mal steht ein Kollege an der Spitze der GdP, der erst nach dem Krieg zur Polizei gekommen ist.

Politisch ist der GdP-Kongress in Stuttgart Bühne für eine Sensation. Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder begründet in seiner Rede die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung, die auf eine Vermischung polizeilicher und militärischer Zuständigkeiten hinausläuft. Die GdP kündigt spontan ihren Widerstand an.

[Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 1958,](#)



Werner Kuhlmann, GdP-Vorsitzender von 1958 bis 1975.

dass die Verteidigungspolitik allein Sache der Bundesregierung und damit eine Volksbefragung über die Atombewaffnung nicht zulässig sei, ruft die Gegner der Atomrüstung auf den Plan; in zahlreichen Städten kommt es zu Protestkundgebungen, sogar ein Generalstreik gegen die Atomrüstung wird diskutiert.



Ein Präsent zum Geburtstag. GdP-Vorsitzender Werner Kuhlmann gratuliert Bundeskanzler Adenauer 1960 zum Geburtstag.

50 JAHRE GdP



Ein neuer Modetanz macht Furore. Ab Herbst 1961 heißt es: „Let's twist again!“

Was geschah noch? Elvis Presley – Rockidol der Jugend – trifft zum Ableisten seines Wehrdienstes bei der US-Army im hessischen Friedberg ein.

1959

Nach der Höhergruppierung des mittleren Dienstes wendet sich die GdP dem gehobenen Dienst zu. Auch hier wird eine gerechte Bewertung angestrebt.

In Niedersachsen fordert die GdP den Verzicht auf Koppel und Schulterriemen, weil sich dies nicht mit dem Bild einer zivilen Polizei verträgt.

Ein hartnäckig verfolgtes Ziel wird am 20. August 1959 erreicht. Der Bundesinnenminister erkennt per Erlass die GdP als Spitzenorganisation im Sinne des Bundesbeamtengesetzes an; dies bedeutet, dass die GdP bei der Vorbereitung allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen beteiligt wird. Vorteil: Die GdP kann schon im Entstehen von Gesetzen ihre Ansichten einbringen, anstatt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Auf einer Sonderkonferenz im Oktober 1959 in Remagen zum Thema „Grenzbereiche des poli-

zeilichen Einsatzes“ wehrt sich die GdP gegen die Vermischung politischer und militärischer Zuständigkeiten, wie sie in der Notstandsgesetzgebung geplant sind.

Was geschah noch? Ein neuer Sport begeistert die Republik. Der Hula-Hoop-Reifen kreist um die Hüften.

1960

Das Bundesverfassungsgericht hat schon am 11. Juli 1958 entschieden, dass die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ den Gesetzgeber verpflichten, den Beamten nach seiner Dienststellung und Verantwortung an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse teilhaben zu lassen. Die GdP sieht da eine Lücke und führt Kundgebungen im Frühjahr 1960 in Hamburg, Wiesbaden, Köln und Bonn durch. Bund und Länder bewilligen eine siebenprozentige Einkommensverbesserung, auch die Tarifverhandlungen führen zu diesem Ergebnis.

Der Polizeihauptwachtmeister kommt somit auf Monatsbezüge

von 639,68 DM, der Angestellte nach Vergütungsgruppe VIII auf 572,00 DM und der Arbeiter nach Lohngruppe S III auf 513,50 DM. Die Neubauwohnung kostet inzwischen 126 DM Monatsmiete.

Das Abschneiden alter Zöpfe im Beamtenrecht gelingt nur Stück für Stück. Nach und nach verzichten die Länder auf die „Zölibatsklausel“. Noch ein Zopf fällt: der Anspruch auf die Anrede mit der Amtsbezeichnung.

Zehn Jahre nach ihrer Gründung zählt die GdP 84.500 Mitglieder.

Was geschah noch? Das Volkswagenwerk wird privatisiert. 60 Prozent der Aktien im Nennwert von 100 DM werden an private Interessenten verkauft. Diese „Volksaktie“ soll es jedermann ermöglichen, Anteilseigner bei VW zu werden.

1961

Bei ihrer Gegenwehr gegen die beabsichtigte Militarisierung der Polizei im Rahmen der Notstandsgesetzgebung erhält die GdP Schützenhilfe von der Internationalen Union der Polizeigewerkschaften (UISP): Auf dem UISP-Kongress im Oktober 1961 in Berlin wird einmütig festgestellt, dass die Polizei ein ziviles Ordnungsorgan ist. Die GdP wendet sich mit einer Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung von Explosivwaffen als Polizeiwaffen. Mit Erfolg wehrt sie sich gegen die Bildung einer Polizeireserve und die Einführung einer Polizeidienstpflicht. Anstelle dieser völlig untauglichen Mittel fordert die GdP die Verdoppelung der Bereitschaftspolizei.

Nicht erst im Rahmen dieser politischen Kampagne erkennt die GdP den großen Wert ständiger guter Kontakte zu den Medien, um Öffentlichkeit und Politik über die

GdP-Sichtweisen informiert zu halten. Am 24./25. Mai 1961 findet erstmals auf dem Rhein die Fahrt „Presse und Polizei“ statt; bei dieser bis heute in Abständen von drei bis vier Jahren durchgeführten Veranstaltung geht es insbesondere um die Diskussion grundsätzlicher Themen der inneren Sicherheit und des Polizeiberufs.

Konkrete Erfolge des Jahres 1961 sind die Einbeziehung der Versorgungsempfänger in die Höhergruppierung des mittleren Polizeivollzugsdienstes und die Erstellung eines Katalogs polizeibezogener Tätigkeitsmerkmale für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei – Grundlage für bessere Bewertungen.

Ein Datum von besonderer historischer Bedeutung: In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 beginnt der Bau der Mauer quer durch



Der Mauerbau am 13. August 1961 in Berlin; das trennende und auch todbringende Bauwerk wird im Herbst 1989 überwunden.

Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) in Mainz gegründet.

Der Bundestag beschließt am 12. Juli das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung (312-DM-Gesetz).

kämpfung, nicht zuletzt deshalb, weil sich dies positiv auf die Zusammenarbeit mit den Kriminalpolizeien der Länder auswirkt.

Der Streit im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung geht weiter. Die Bundesregierung sucht Ersatz für eine fehlende Territorialarmee. Sie entdeckt einen Lückenbüsser: die Polizei. Natürlich wehrt sich die GdP gegen diesen Versuch, die Polizei zu militarisieren.

Die norddeutschen Küstengebiete werden von der verheerendsten Flutkatastrophe des Jahrhunderts heimgesucht. 337 Menschen verlieren ihr Leben. Der Hamburger Innensenator Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler, bewährt sich als Manager der Rettungsaktionen, an denen sich u. a. 40.000 Bundeswehrsoldaten beteiligen. Im Verlauf dieser Aktionen verlieren sechs Soldaten und ein Polizist in den Fluten ihr Leben.

Ein politischer Skandal führt zu einer Vertrauenskrise gegenüber der Bundesregierung. Aufgrund eines Artikels im SPIEGEL werden Herausgeber Rudolf Augstein und mehrere Redakteure wegen des Verdachts des Landesverrats verhaftet, darunter Konrad Ahlers in Spanien. Die letztere Festnahme ist rechtswidrig, zugleich bezichtigt ihn Kanzler Adenauer im



Ein bewährtes Konzept für die GdP-Öffentlichkeitsarbeit sind die Fahrten „Presse und Polizei“, die seit 1961 auf Schiffen Politiker, Journalisten und Fachleute der Polizei zu grundsätzlichen Themen der inneren Sicherheit zusammenführen. Das Bild zeigt eine Diskussionsrunde der Fahrt 1972 mit Hans-Dietrich Genscher, damals Bundesinnenminister.

Berlin. Er dient laut Beschluss des DDR-Ministerrats der „Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins“ und soll „eine verlässliche Bewachung und wirksame Kontrolle“ gewährleisten.

Was geschah noch? Per Staatsvertrag wird am 6. Juni 1961 das

1962

Am 25. Juli 1962 erhält der Bezirk Bundeskriminalamt, bislang organisatorisch ein Teil des Landesbezirks Hessen, den Status eines Landesbezirks. Die GdP engagiert sich für den Auf- und Ausbau des BKA zu einer effektiven Zentralstelle der Verbrechensbe-

50 JAHRE GdP

Deutschen Bundestag des Landesverrats. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß bestreitet zwei Wochen lang seine Beteiligung an der Affäre, muss aber später zurücktreten.

Was geschah noch? Im Star-Club in Hamburg tritt dreimal im Jahr 1962 die noch wenig bekannte Gruppe „The Beatles“ auf. Ein neuer Tanz macht die Runde, der Twist.

1963

Der Dauerkampf gegen die Militarisierung der Polizei geht in die nächste Runde. Die Innenministerkonferenz bekräftigt am 1. Februar 1963 ihre Auffassung, „dass die Verleihung des Kombattantenstatus an die Polizei notwendig ist ...“. Die GdP ist völlig anderer Ansicht und holt Rechtsgutachten von Völkerrechtlern ein, um zu belegen, dass die Polizei Teil der zivilen Verwaltung ist. Die Entwürfe der Notstandsgesetze sehen inzwischen vor, dass die Bundesregierung die Möglichkeit haben soll, außer den Polizeikräften des Bundes und der Länder auch die Streitkräfte im Innern für polizeiliche Aufgaben einsetzen zu können.

Am 19. März 1963 gründet sich der Landesbezirk Bremen.

DAG und GdP gründen am 16. September 1963 eine Arbeitsgemeinschaft; für die GdP bedeutet dies, die Interessen der Tarifbeschäftigten in der Polizei wirkungsvoller vertreten zu können.

Kanzler Adenauer und der französische Staatspräsident de Gaulle unterzeichnen am 22. Januar 1963 den deutsch-französischen Vertrag, der das Verhältnis beider Staaten grundlegend neu regeln und die jahrhundertelange Feindschaft und Rivalität beenden soll. Hauptziel des Vertrages ist die Förderung des Jugendaustausches.

Zum Abschluss seines viertägigen Besuchs in Deutschland kommt der amerikanische Präsident John F. Kennedy am 26. Juni 1963 nach Berlin und spricht dort den berühmten Satz: „Auch ich bin ein Berliner“.

Was geschah noch? Der 24. August 1963 ist der erste Spieltag der neu eingeführten Fußball-Bundesliga.

1964

Neben den Kontakten und dem Verhandeln der GdP mit der großen Politik – wichtig genug für den Status der Polizei und somit für die berufliche Zukunft der Polizeibeschäftigten – geht es bei einem anderen Thema um den sprichwörtlichen „kleinen Mann“. Die GdP legt am 18. Februar 1964 ihren „Vermögensbildungsplan“ vor, der anders als andere Konzepte die Einbeziehung der öffentlich Bediensteten in die künftige Vermögensbildung vorsieht.

Ein schöner Beweis, dass die Arbeit der GdP von den Polizeibeschäftigten anerkannt wird: Am 23. April 1964 tritt das 100.000 Mitglied in die GdP ein.

Ein politisch sehr bedeutsamer Vertrauensbeweis in die Polizei im Nachkriegs-Deutschland und in die Arbeit der GdP: Auf dem UISP-Kongress am 4. November 1964 in Brüssel wird der GdP-Vorsitzende Werner Kuhlmann zum Präsidenten der UISP gewählt. Das Sekretariat der UISP wird von Brüssel an den GdP-Sitz Düsseldorf verlegt.

Die Innenministerkonferenz gibt nach. Der Plan, Polizeibeamten den Kombattantenstatus zu verleihen, wird aufgegeben. Die GdP hat sich mit ihrer Auffassung einer zivilen Polizei durchgesetzt.

Was geschah noch? Das Wirtschaftswunder fegt den Arbeitsmarkt leer, ausländische Arbeitnehmer – beschönigend „Gastarbeiter“ genannt –

werden angeworben. Der einmillionste Gastarbeiter kommt 1964 in die Bundesrepublik; als Willkommensgeschenk erhält er ein Moped.

1965

Nach jahrelangem Drängen der GdP wird für die Arbeiter die Zahlung eines Sozialzuschlages tarifvertraglich vereinbart, vergleichbar dem Ortszuschlag für die Angestellten und Beamten.

In Nordrhein-Westfalen ist die Stimmung bei der Polizei auf dem Nullpunkt. Grund: „Die da oben – Ministerium und Behördenleiter – drangsalieren mit unsinnigen Maßnahmen die Polizeibeschäftigten“. Man sieht, das gibt es zu jener Zeit auch schon, nur nennt man es noch nicht „Controlling“ oder „Neue Steuerungsmodelle“. In Bochum protestieren 6000 Mitglieder und fordern, den Polizeiberuf für Berufsanfänger durch eine entsprechende Bewertung attraktiver zu machen.

Was geschah noch? Die Schlagerwelt entdeckt die großen Gefühle. Drafî Deutscher singt 1965 „Marmor, Stein und Eisen bricht“, und Roy Black weckt mit dem Titel „Ganz in Weiß“ Hochzeitsträume. Noch etwas fürs Gemüt: Am 18. Mai 1965 besucht die britische Königin Elisabeth II. mit Ehemann Prinz Philip die Bundesrepublik Deutschland.

1966

Die GdP entdeckt die Notwendigkeit, die eigene Jugendarbeit zu fördern. Die JUNGE GRUPPE wird am 31. März 1966 gegründet. Erster Bundesjugendvorsitzender wird Horst Geier (Berlin).

An der Internationalen Polizeiausstellung im Sommer 1966 in Hannover beteiligen sich GdP und UISP mit einem viel beachteten gemeinsamen Stand. Besondere Attraktion: Die GdP veranstaltet



Der Vietnamkrieg ist der politische Auslöser zahlreicher Demonstrationen, die ab 1968 in deutschen Städten, vor allem in Berlin, stattfinden – zugleich der Beginn der Studenten-Unruhen gegen das so genannte bürgerliche Establishment.

einen Beat-Abend, bei dem sich entgegen allen Befürchtungen über 4000 Jugendliche völlig friedlich vergnügen.

Die Zeit großer politischer Protestdemonstrationen beginnt. Auf die Erklärung der Bundesregierung, den Krieg der USA in Vietnam zu unterstützen, folgt eine breite Protestbewegung, vor allem geführt von Studenten und so genannten Vietnam-Komitees. Der Protest politisiert und radikalisiert sich: Mit einem Sitzstreik wehren sich 3000 Studenten am 22. Juni 1966 gegen das Verbot, Universitätsräume für politische Veranstaltungen zu nutzen. Bei den Auseinandersetzungen muss auch die Polizei erst lernen, mit der neuen Art des Protestes umzugehen.

Ein Novum in der deutschen Politik: Nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Ludwig Erhard bildet sich am 1. Dezember 1966 eine große Koalition mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler.

Was geschah noch? Der Mini-Rock – ein aufsehenerregender Import aus England – beginnt seinen Siegeszug in Deutschland.

1967

Anfang 1967 zieht die GdP-Bundesgeschäftsstelle mit den bei-

den Wirtschaftsunternehmen in das neu errichtete Gewerkschaftshaus in Hilden, unweit der Stadtgrenze nach Düsseldorf, um.

Der Wiederaufbau nach dem Krieg hat nicht nur die Wirtschaft beflügelt, auch die Kriminalität hat

nalpolizei die Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen?“ ausarbeiten. Die Denkschrift erregt in Öffentlichkeit und Parlamenten beträchtliches Aufsehen. Folge: Es kommt zu deutlichen Verbesserungen der Personalstärke und der Bewertung der Kriminalpolizei.

Der Besuch des Schah von Persien und der Kaiserin Farah ist nicht nur innenpolitisch höchst umstritten; der mit diesem Besuch verbundene Einsatz von 30.000 Polizisten, verbunden mit der – letztlich verworfenen – Absicht, in Deutschland lebende oppositionelle Perser nach Norderney zu evakuieren, ist aus heutiger Sicht ein Meilenstein für ein überholtes Staatsverständnis und eine verfehlte polizeiliche Einsatztaktik. Schlimmster Vorfall:



Ein Traumjob: 1967 müssen die Klassensprecher an Londoner Schulen mit Kennerblick die Länge der Miniröcke ihrer Klassenkameradinnen inspizieren. 16,5 cm vom Knie aufwärts – so viel Bein darf sein.

inzwischen Konjunktur. Dem will die GdP – nicht zuletzt angesichts der mangelhaften Arbeitsmöglichkeiten der Kriminalpolizei – nicht kommentarlos zusehen und lässt durch den Fachausschuss Krimi-

Am 2. Juni 1967 wird bei einer abermaligen Schah-Demonstration der Student Benno Ohnesorg von dem Berliner Polizisten Heinz Kurras mit einem Pistolenschuss tödlich verletzt.



Aus den Studenten-Unruhen erwächst die Außerparlamentarische Opposition, die Auseinandersetzungen mit der Polizei werden härter. Beim Schah-Besuch im Juni 1967 in Berlin kommt es zu schweren Zusammenstößen, der Student Benno Ohnesorg wird von einem Polizisten mit einem Pistolenschuss tödlich verletzt.

Bei den Studenten-Protesten geht es nicht alleine um aktuelle Anlässe wie den Schah-Besuch. Es ist aus den verschiedensten Anlässen eine Auflehnung gegen gesellschaftliche Verhältnisse und eine Politik, die zu wenig demokratische Beteiligung zulässt. Die Polizei, auf diese Art Proteste überhaupt nicht vorbereitet, sieht sich ungewollt als „Prügelknabe der Nation“. Die Anzahl vieler verletzter Polizisten belegt sehr schmerzhaft, dass die Polizei für gesellschaftliche und politische Versäumnisse erhalten muss – eine Erfahrung, die sich noch über viele Jahre fortsetzt.

Am 19. April 1967 stirbt Alt-bundeskanzler Adenauer im Alter von 91 Jahren. Ein Zitat von ihm aus dem Jahr 1954: „Mein Gott, was soll aus Deutschland werden, wenn ich nicht mehr da bin?“

Und auch das passt zur Zeit der beginnenden Auflehnung der Ju-

gend gegen das gesellschaftliche Establishment: Die Haare werden lang und länger – und die Bundes-



Auch die Notstandsgesetze sind 1968 Anlass heftiger Proteste auf der Straße. Wortführer der Studenten ist Rudi Dutschke, der am 11. April 1968 in Berlin von einem 23-jährigen Arbeiter niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt wird.

wehr (die Polizei übrigens auch) hat ein Problem: Wohin mit den Haaren unter Mütze und Stahl-

helm? Die Lösung: Es gibt einen Haarerlass, wonach bei Haaren, die über den Hemdkragen hinausreichen, ein Haarnetz zu tragen ist.

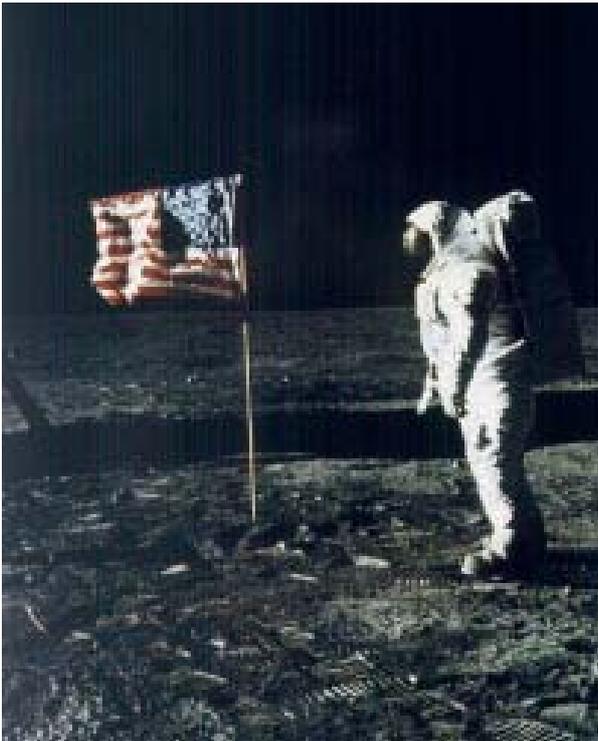
Was geschah noch? Das Fernsehen wird farbig. Deutschland führt das so genannte PAL-System ein.

1968

Das neue Spitzenamt im mittleren Dienst, die Besoldungsgruppe A 9, wird eröffnet und nach und nach in den Ländern eingeführt.

Immer mehr drängt sich erst Fachleuten, dann Politik und Öffentlichkeit der Eindruck auf, dass das Vorbild USA leider auch für die Kriminalitätsentwicklung gilt. Die GdP gibt die Übersetzung des „Crime Report“ des FBI heraus, ein wertvoller Beitrag, um auf Kriminalitätsentwicklung und -strukturen in den USA aufmerksam zu machen, auf die man sich auch in Europa und in Deutschland einstellen muss.

Am 30. Mai 1968 verabschiedet der Deutsche Bundestag die Notstandsregelungen in der Verfas-



Als erste Menschen betreten am 21. Juli 1969 die Astronauten Edwin Aldrin und Neil Armstrong den Mond.

mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei der „Prager Frühling“, der Reformkurs der tschechischen kommunistischen Partei, beendet.

1969

Bislang hat die GdP mit ihren Landesbezirken die Zustimmung der Länder für die

Besoldung genutzt, um mit dem Erfolg in dem einen Land Druck in dem anderen Land ausüben zu können. Die Länder haben dieses Spiel natürlich auch erkannt, das auch Gewerkschaften in anderen Sparten des öffentlichen Dienstes nutzen. Daher soll eine bundesrahmenrechtliche Bindung der Stellenpläne aus Sicht der Länder für Ordnung sorgen. Die GdP protestiert umgehend. Auf elf Kundgebungen im Januar 1969 prote-

stieren über 30.000 Mitglieder gegen dieses rahmenrechtliche Korsett. Das macht Eindruck. Der Deutsche Bundestag lehnt die besoldungsrechtliche Stellenplanbindung ab.

Ihr Verständnis von Staat und Gesellschaft beschreibt die GdP in einem vielbeachteten Grundsatzpapier: Es kann und darf nicht die Aufgabe der Polizei sein, gesellschaftliche Veränderungen zu bremsen oder gar zu blockieren. Titel der Denkschrift: „Moderne Gesellschaft – moderne Polizei“.

Im Rahmen ihrer staatsbürgerlichen Bildungsarbeit führt die GdP ihr 250. Berlin-Seminar durch.

Nach der Bundestagswahl am 21. Oktober 1969 löst die sozialliberale Koalition aus SPD und F.D.P. die Große Koalition ab. Willy Brandt wird Bundeskanzler.

Was geschah noch? Am 21. Juli 1969 betreten die Astronauten Neil Armstrong und Edwin Aldrin als erste Menschen den Mond – ein Ereignis, das live am Fernseher zu verfolgen ist. Im selben Jahr wird in den USA der Mikroprozessor erfunden – gleichsam der Startschuss für das Computer-Zeitalter.

sung. Sie sehen Einschränkungen des Post- und Fernmeldegeheimnisses vor sowie die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr im Innern. Von einer Vermischung polizeilicher und militärischer Aufgaben ist wegen der heftigen Proteste der GdP keine Rede mehr.

Auf dem Hintergrund der Studenten-Proteste, u. a. gegen die Notstandsgesetzgebung, entwickelt sich die Bewegung der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Zu ihren bekanntesten Persönlichkeiten gehört Rudi Dutschke, der am Gründonnerstag, dem 11. April 1968, auf dem Berliner Kurfürstendamm von einem 23-jährigen Anstreicher mit drei Schüssen schwer verletzt wird. Dutschke stirbt 1979 an den Spätfolgen der Verletzungen.

Vier selbst gebastelte Zeitbomben verursachen am 2. April 1968 in zwei Frankfurter Kaufhäusern Millionenschäden. Die Brandstifter Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein verstehen sich als politische Täter, eine Folge der Radikalisierung von Gruppierungen der APO-Bewegung.

Ein außenpolitisch wichtiges Datum: Am 20./21. August 1968 wird



Ist diese Uniform kleidsamer als heute? Ein Bild aus dem Jahr 1969.

1970

Den erneuten Versuch, Stellenplanhöchstgrenzen für die Polizei einzuführen, beantwortet die GdP im Februar 1970 mit einer Abstimmung über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen. 83 Prozent der GdP-Mitglieder im Polizeivollzugsdienst beteiligen sich an der Abstimmung, 93 Prozent davon sind bereit, einer Aufforderung zum Streik zu folgen, wenn ein Streik von Beamten erlaubt sei. Erfolg: Die vom Bundesrat, also von den Ländern, beantragte Einführung von Stellenplanhöchstgrenzen für die Polizei wird vom Deutschen Bundestag erneut abgelehnt.

Den Ausspruch von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ setzt die GdP auf ihre Weise um: Sie will Ausbildung und Bewertung des Polizeidienstes so ändern, dass dem Bürger eine Polizei zur Verfügung steht, die das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip verinnerlicht hat und fähig ist, Konflikte möglichst gewaltfrei zu lösen. Im Februar 1970 legt die GdP ihr Konzept „Laufbahn und Besoldung des Polizeivollzugsdienstes“ vor, mit dem eine eigene Besoldungsordnung „P“ (Polizei) gefordert wird. Hintergrund: Da es ohnehin schon für Richter eine eigenständige Besoldungsordnung gibt und die Lehrer auch eine eigene anstreben, passt die Forderung der GdP wegen der speziellen Bedingungen des Polizeidienstes in die Landschaft.

Forderungen sind das eine – ihre Durchsetzung das andere. Daher will die GdP wissen, wie weit gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gehen können. In einem Rechtsgutachten im Auftrag der GdP nimmt im Juni 1970 Prof. Dr. Ingo von Münch zum Streikrecht der Beamten Stellung.

Tenor: Nach geltender Rechtsauffassung ist der Beamtenstreik zwar unzulässig, doch hat

dies zur Voraussetzung, dass soziale und wirtschaftliche Forderungen angemessene Berücksichtigung finden.

Die GdP erfindet die „Aktion Denkpause“ – in einer bundesweiten Aktion am 27. Oktober 1970 steigen Kolleginnen und Kollegen aus den Streifenwagen aus und diskutieren mit den Bürgern die Vorstellungen der GdP zur funktionsgerechten Bewertung der Polizei.

Der Denkschrift zur Situation der Kriminalpolizei folgt am 29. Oktober 1970 die GdP-Broschüre „Polizei Notruf“, in der auf die Mängel bei der Schutzpolizei hingewiesen wird.

Der Kaufhausbrandstifter Andreas Baader wird am 4. Mai 1970 von Ulrike Meinhof aus der Haft befreit. Dies gilt als Gründungsdatum der ter-

1971

Kein Aprilscherz: Ebenso wie etwa im gleichen Zeitraum in anderen Bundesländern protestieren am 1. April 1971 in der Bochumer Ruhrlandhalle rund zehntausend Mitglieder. Grund ihres Zorns: Jetzt ist die Zuständigkeit für die Besoldung von den Ländern auf den Bund übertragen, aber die Erwartungen der GdP auf Verbesserungen für die Polizei bleiben unerfüllt. Insgesamt folgen über 30.000 Kolleginnen und Kollegen bundesweit den Protestaufrufen der GdP. Das wirkt: Über den Bundesrat werden doch noch Nachbesserungen erreicht.

Besonders wichtig: Endlich gibt es die Polizeizulage von monatlich 120 DM.

Die Diskussion um die Not-



Der ausgebrannte BGS-Hubschrauber ist das Symbol für den Überfall arabischer Terroristen während der Olympischen Spiele 1972 in München auf die israelische Mannschaft. Bei der misslungenen Befreiungsaktion kommen neun Geiseln, ein Polizist und fünf Terroristen ums Leben.

roristischen Rote Armee Fraktion (RAF).

standsgesetze wirkt in einer wichtigen Frage nach: Darf die Polizei über Waffen verfügen, die in ihrer Wirkung nicht dem verfassungsrechtlich gebotenen Übermaßverbot entsprechen können, wie etwa Explosiv- und Maschinen-

waffen? Die GdP bittet Prof. Denninger und Dr. Beye um ein Rechtsgutachten zum Waffengebrauchsrecht, das im Februar 1971 vorgestellt wird. Es bestätigt die Auffassung der GdP, dass Explosivwaffen, Granatwerfer und Maschinengewehre nicht in die Hand der Polizei gehören.

Als Würdigung für seinen Beitrag zum Frieden in Europa als Folge der neuen Ost-Politik erhält Bundeskanzler Willy Brandt am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedens-Nobelpreis. Die neuen Verträge führen u. a. zu wesentlichen Erleichterungen und Verbesserungen im Reise- und Besuchsverkehr zwischen der DDR und der Bundesrepublik und Westberlin.



Glückwunsch zum 75. Geburtstag von Ludwig Erhard (2. v. l.); links Dr. Rainer Barzel, rechts die Kollegen Helmut Schirmmacher und Friedel Gniesmer.

1972

Der politische Streit um die Ausrichtung der Polizei geht auch 1972 weiter. Die Bundesregierung nennt den Bundesgrenzschutz zwar Polizei, hält aber immer noch an einer paramilitärischen Struktur und Ausbildung fest; darüber hinaus versucht sie, die Aufgaben des BGS auf polizeilichem Gebiet auszuweiten. Dagegen wehrt sich die GdP. Sie begründet ihre Haltung zur Zuständigkeit der Länder für Polizeifragen in einer Denkschrift.



Der Terrorismus führt seit Anfang der 70er Jahre zum Aufbau von Spezialeinheiten der Polizei in Bund und Ländern. Training und Ausrüstung werden bis heute ständig aktualisiert.

Gute Argumente finden Anerkennung – auch wenn's gelegentlich sehr lange dauert. Das Sicherheitsprogramm, das die

Innenministerkonferenz im Sommer 1972 vorstellt, entspricht wesentlichen Anregungen aus den beiden GdP-Denkschriften „Kapitulation vor dem Verbrechen?“ und „Polizei-Notruf“.

Und noch ein Erfolg. Nach jahrelangem Drängen vergibt die Innenministerkonferenz einen Auftrag an die Universität Saarbrücken, ein Gutachten über das Berufsbild der Polizei unter Berücksichtigung ihrer sozialen Lage zu erstellen.

Der Terrorismus ist inzwischen zum hauptsächlichen Problem der inneren Sicherheit geworden, und Polizei wie Politik und Öffentlichkeit müssen in einem bislang nie gekannten Gegensatz von Erfolg und schmerzlicher Niederlage leben. Am 2. Juni 1972 gelingt die Festnahme der Terroristen Baader, Raspe und Meins, kurz danach von Gudrun Enssling und Ulrike Meinhof – allesamt führende Köpfe der Baader-Meinhof-Bande. Drei Monate später erfolgt der Überfall arabischer Terroristen auf das Quartier der israelischen Olympiamannschaft in München. Beim Befreiungsversuch kommen alle Geiseln, ein Polizeibeamter und fünf Terroristen ums Leben.

Gerade auch angesichts der Bedrohung durch den Terrorismus hält die GdP an der Ablehnung militärischer Strukturen der Polizei fest und bekräftigt das zivile Berufsbild. Nur die Einbettung der Polizei in die demokratische Gesellschaft kann das Vertrauen in den Rechtsstaat festigen und somit dem Terrorismus die Grundlage entziehen. Unter aktiver Mitarbeit der GdP verabschiedet die UISP im Herbst 1972 die Internationalen Polizeigrundsätze. Wesentlicher Inhalt: Die Polizei ist eine zivile Institution, ihre Beschäftigten haben Gewerkschaftsrechte, sie haben ein Recht auf ihrer Aufgabe angemessene Ausbildung und Bezahlung.

Genau zu diesem Gedanken passt die GdP-Studie „Gebremste Polizei“ vom Dezember 1972. Dort wird für den allgemeinen Polizeidienst das Fachhochschulstudium und für den leitenden Polizeidienst das Hochschulstudium verlangt, um den Anforderungen von Bürgern und Öffentlichkeit an eine Polizei gerecht zu werden, die mit hoher sozialer Kompetenz Konflikte möglichst gewaltfrei lösen kann. Auf die zu jener Zeit fast ungläubig gestellte Frage, ob in jedem Streifenwagen ein Kommissar sitzen solle, sagt die GdP „Ja“. Was damals schier unerhört erscheint, ist heute im 50. Jubiläumsjahr der GdP in einigen Ländern (fast) Selbstverständlichkeit, in anderen auf einem guten Wege.

Und noch ein GdP-Erfolg. Ab Mai 1972 gibt es eine finanzielle Entschädigung für angeordnete Mehrarbeit.

Im Mai 1972 versucht die GdP bei ihrer 6. Veranstaltung Presse und Polizei über die tagesaktuelle Beschäftigung mit terroristischen Anschlügen hinaus Ursachen und Auswirkungen von Aggressionen auszuleuchten. Unter dem Leitthema „Explodierende Gewalt“ referiert der Psychiater Prof. Dr. Friedrich

Hacker über Aggressionsursachen; den möglichen Einfluss der Medien beleuchtet SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz.

Das erste konstruktive Misstrauensvotum in der Geschichte der Bundesrepublik scheitert: Der CDU-Vorsitzende Rainer Barzel erhält 247 der 260 abgegebenen Stimmen und verpasst die erforderliche absolute Mehrheit um zwei Stimmen.

1973

Die Reihe der GdP-Erfolge geht auch 1973 weiter: Sie setzt durch, dass die Polizei – zusätzlich zur Polizeizulage von monatlich 120,00 DM in die allgemeine Zulagenregelung einbezogen wird. Es gibt auch mehr Mitbestimmung – das Ergebnis hartnäckigen Drängens zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes.

Ganz wichtig: Arbeiter, Angestellte und Beamte erhalten das 13. Monatsgehalt.

Die Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes werden erweitert, auch dies ein Ergebnis der GdP-Arbeit.

Die Kette gewerkschaftlicher Erfolge wird innerhalb der Polizei honoriert: Die Mitgliederstärke der Polizei wächst auf über 125.000.

Seit dem Beginn der Studenten-Bewegung 1967/1968 experimentieren immer mehr Jugendliche auf der Suche nach neuen Lebensformen mit Drogen. Haschisch wird als „weiche“ Droge



Deutsch-niederländische Begegnung am Grenzübergang Arnheim.

angesehen, die anders als Alkohol friedlich machen soll. Die Spirale setzt sich in Gang, der Umstieg auf harte Drogen beginnt. Beschaffungskriminalität und Drogenhandel werden zum Dauerthema der Polizei.

Im Oktober 1973 werden die Industriestaaten daran erinnert, dass der Mensch Beine zum Laufen und nicht nur einen Fuß zum Gasgeben hat. An drei Sonntagen wird aufgrund der Ölkrise das Autofahren verboten.

Was geschah noch? Für Kinder gibt es neue Lieblinge: Die ARD kauft 260 Folgen der amerikanischen Vorschulserie „Sesamstraße“: Ernie und Bert und ihre Freunde begleiten fortan ganze Kindergenerationen.

1974

Ein unerhörtes Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik: Bei der Polizei wird gestreikt! Weil die öffentlichen Arbeitgeber kein annehmbares Angebot unterbreiten, beschließt der GdP-Bundes-

vorstand im Februar 1974 die Urabstimmung über Kampfmaßnahmen. 90,9 Prozent der Arbeiter und Angestellten in der GdP votieren für den Arbeitskampf. Der anschließende Streik zeigt Wirkung. Die Löhne und Gehälter für Arbeiter und Angestellte und für die Beamten im Rahmen der Besoldungsanpassung steigen um elf Prozent – ein aus heutiger Sicht schier unvorstellbares Ergebnis.

Zugleich wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden reduziert.

Für die Polizei in Deutschland ein wichtiges Datum: Im Februar 1974 beschließt die Innenministerkonferenz zur Terrorismus-Bekämpfung und zur Bekämpfung anderer Gewalttäter ein Konzept für die Aufstellung und den Einsatz von Spezialeinheiten der Länder und des Bundes. Damit werden die unterschiedlichen Ent-

sich die Innenministerkonferenz sowohl auf ein neues Outfit für Fahrzeuge wie für die Polizistinnen und Polizisten. Die Fahrzeuge sollen fortan eine Kontrastlackierung minzgrün/weiß erhalten, und bei der neuen Dienstkleidung entscheiden sich die Innenminister für den Vorschlag des Modeschöpfers Oestergaard – eine Kreation, deren unstreitiger Gewinn darin besteht, dass es endlich bundesweit eine einheitliche Dienstkleidung gibt, womit jedoch nichts über deren Praxistauglichkeit gesagt ist. Allerdings: Die Abschaffung der Amtsabzeichen konnte nicht erreicht werden; nur Hessen verzichtet auf Schulterklappen.

Ein politischer Skandal erregt die Republik: Günter Guillaume, persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt, und seine Frau Christel

1975

Polizeidienst ist ohne Wechselschichtdienst nicht vorstellbar – ebenso wenig wie gewerkschaftliche Arbeit in der GdP ohne den Schwerpunkt bei den Belastungen des Dienstes rund um die Uhr. Im Frühjahr 1975 stellt der Fachausschuss Schutzpolizei den Forderungskatalog zum Thema „Schichtdienst und seine Folgen“ auf, eine Arbeit, auf die in den folgenden Jahren aufgebaut wird.

Werner Kuhlmann, der rund 17 Jahre als Vorsitzender das gewerkschaftspolitische Profil der GdP gezeichnet hat, tritt ab: Am 9. Oktober 1975 stellt er sein Amt zur Verfügung, um sich seinen neuen Aufgaben als Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Gelsenkirchen widmen zu können. Am gleichen Tag wählen Gewerkschaftsausschuss und -vorstand

den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Schirmmacher, Polizeidirektor aus Niedersachsen, zum Vorsitzenden.

Helmut Schirmmacher, hier im Gespräch mit seinem Vorgänger Werner Kuhlmann, ist GdP-Vorsitzender von 1975 bis 1982.

Einen Tag darauf feiert die GdP ihr 25-Jähriges in Düsseldorf. Ein weiterer Grund zum Feiern: Die GdP zählt inzwischen über 135.000 Mitglieder.

Beharrlichkeit führt zum Ziel: Wie weiland der alte Cato in Rom hat die GdP jahrelang den paramilitärischen Charakter des BGS kritisiert. Jetzt dringen ihre Argumente

durch: Das Personalstrukturgesetz für den BGS wird verabschiedet, ein wichtiger Schritt, um den BGS zu einer „richtigen“ Polizei – mit einer Ausbildung entsprechend der Schutzpolizeien der Länder – zu machen.



wicklungen in Organisation, Ausbildung und Ausstattung von Spezialeinheiten für länderübergreifende Einsätze zusammengeführt.

Das Aussehen der Polizei ändert sich. Im September 1974 einigt

werden am 24. April 1974 als Spione des MfS enttarnt. Am 6. Mai tritt Brandt zurück, zehn Tage später folgt ihm Helmut Schmidt als Bundeskanzler.

Ob die Polizei die richtigen Waffen und die richtige Munition hat, ist Thema der 7. Veranstaltung Presse und Polizei im April 1975. Dies ist der Einstieg in das jahrelange hartnäckige Engagement der GdP zur Verbesserung insbesondere der Polizeimunition – eine Arbeit, die erst im Winter 1999 durch den Beschluss der Innenministerkonferenz zur Einführung einer neuen Polizeimunition ihren erfolgreichen Abschluss findet.

Der Terrorismus geht weiter. Die RAF entführt im Februar 1975 den Westberliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz, der nach Freipressung von fünf RAF-Häftlingen freigelassen wird. Ende April überfällt die RAF-Gruppe „Holger Meins“ die deutsche Botschaft in Stockholm; vier Botschaftsangehörige werden ermordet. Im Mai 1975 wird der Baader-Meinhof-Prozess in Stuttgart-Stammheim eröffnet.

Am 30. April 1975 endet mit dem Einmarsch nordvietnamesischer Truppen in Saigon der Vietnamkrieg – ein Ereignis, das zwar geografisch entfernt stattfand, jedoch deutliche Spuren auch in der deutschen Innen- und Gesellschaftspolitik hinterlassen hat, allein schon, was das Demonstrationsgeschehen und die Demonstrationskultur angeht.

Zum 1. Januar 1975 wird die Volljährigkeitsgrenze von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt.

Was geschah noch? Ein riesiger Flächenbrand bricht am 9. August 1975 in der Lüneburger Heide aus. Das Feuer wütet sechs Tage lang, elf Menschen kommen ums Leben, 8000 Hektar Wald werden vernichtet.

Am 19. Juni 1975 heiraten König Karl XVI. Gustav von Schweden und Silvia Sommerlath.

1976

Es sind unruhige Zeiten bei der Polizei. Die Belastungen und die Gefährdungen, nicht zuletzt durch den Terrorismus, steigen – die Unzufriedenheit über die unzureichenden beruflichen und sozialen Bedingungen in der Polizei auch. In Niedersachsen beginnt das Jahr 1976 mit einer Welle von Protestkundgebungen, die Anfang April mit einer Sternfahrt nach Hannover abgeschlossen wird. In Nordrhein-Westfalen beschäftigt sich ein Außerordentlicher Delegiertentag mit den „sozialen Ungerechtigkeiten“.

Das Gutachten über das Berufsbild der Polizei – erstellt von der Universität Saarbrücken – wird der Öffentlichkeit übergeben, ein Werk, das in vielen Punkten die Kritik der GdP bestätigt, dem aber leider nicht der politische Wille folgt, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die GdP-Stu-

Themenfeldern wie Reform des öffentlichen Dienstrechts, Laufbahn, Ausbildung, Wechselschichtdienst, Bewertung, Vermögensbildung und Neuordnung der Manteltarifverträge.

Was geschah noch? Ein Objekt von Joseph Beuys, nämlich eine Badewanne mit Mull, Vaseline und Heftpflaster, wird während einer Feier vom SPD-Ortsverein Leverkusen irrtümlich als Bierkühler benutzt – welche Bananen! Schadenersatz: 180.000 DM.

1977

Nicht nur, aber auch eine Folge der Bedrohung durch den Terrorismus: Die Polizeien von Bund und Ländern arbeiten enger zusammen, und somit rückt die Verschiedenartigkeit der Polizeigesetze ins Blickfeld. Folge: Eine breite Diskussion über ein einheitliches Polizeigesetz beginnt, und



Wer kennt heute noch die Namen? Bei der Entführung von Arbeitgeberpräsident Schleyer im September 1977 werden die Polizeibeamten Reinhold Brändle, Roland Pieler und Helmut Ulmer ermordet.

die „Polizei im Wechselschichtdienst“ führt dazu, dass erstmals in der Öffentlichkeit die Selbstverständlichkeit des polizeilichen Dienstes rund um die Uhr als berufliches und soziales Problem wahrgenommen und diskutiert wird. Der Bundeskongress im Oktober 1976 in Mainz erhebt zentrale Forderungen zu wichtigen

die GdP beteiligt sich mit einer ausführlichen Stellungnahme.

Das seit 1970 versprochene neue Spitzenamt für den mittleren Polizeidienst (A 9 mit Zulage) rückt näher: Der Gesetzgeber geht endlich auf die Forderung der GdP ein. Auch in Sachen Wechselschichtdienst geht es voran. Das in der GdP-Studie geforderte arbeits-



Trauerfeier für die drei bei der Entführung von Arbeitgeberpräsident Schleyer im September 1977 ermordeten Polizeibeamten.

wissenschaftliche Gutachten wird in Auftrag gegeben.

Weitere für das Jahr 1977 wichtige Daten:

Arbeitern, Angestellten und Beamten wird ein Urlaubsgeld gezahlt.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz gilt jetzt auch für junge Polizeibeschäftigte.

Im BGS werden die ersten GdP-Kreisgruppen gegründet.

Der Terrorismus erreicht 1977 das bislang höchste Ausmaß. Am 7. April werden Generalbundesanwalt Buback und zwei Personenschützer erschossen. Am 30. Juli wird Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, bei einem Entführungsversuch getötet. Am 5. September wird der Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer entführt, während Fahrer und Leibwächter getötet werden. Die Entführer verlangen die Freilassung von elf inhaftierten Terroristen. Am 13. Oktober entführen palästinensische Terroristen eine Lufthansa-Boeing nach Mogadischu, um Terroristen freizupressen. Am 18. Oktober befreit die GSG 9 die Passagiere, drei der Entführer werden getötet. Wenige Stunden später werden Baader, Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden. Am 19. Oktober wird die Leiche von Hanns-Martin Schleyer im Kofferraum eines Autos in Mühlhausen entdeckt.

Was geschah noch? Am 1. Juli 1977 tritt die Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft. Bei Scheidungen wird das Schuld- durch das Zerüttungsprinzip ersetzt.

1978

Ein Ziel, das die GdP seit ihrer Gründung auf Bundesebene im Jahr 1950 verfolgt, wird endlich erreicht: Sie wird Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die Überzeugung, dass auch Beamte, Angestellte und Arbeiter der Polizei abhängig Beschäftigte sind und somit wesentliche gesellschaftspolitische, soziale und wirtschaftliche Betrachtungen mit der übrigen Arbeitnehmerbewegung teilen, findet durch diesen Beitritt zum 1. April 1978 ihre Erfüllung. Der Außerordentliche Delegiertenkongress am 1. März 1978 in Berlin hat zuvor beschlossen, den Aufnahmeantrag zu stellen, um im DGB die Interessen der Tarifbeschäftigten und der Beamten im Polizeidienst in Bund und Ländern zu vertreten. Die deutliche Steigerung der Mitgliederzahl auf über 152.000 im gleichen Jahr bestätigt diesen Weg.

Die deutliche Sprache hilft: Auf dem Hintergrund aktueller Tarifaussinandersetzungen in der Druck- und Metallindustrie stellt die GdP auf einer Arbeitstagung des Landesbezirks NRW in Duisburg die Position der Polizei im Arbeitskampf klar. Leitsatz: Streik und Ausspernung sind die Stunde der Tarifpartner und nicht der Polizei.



Das Bild der Polizei wird martialischer. Zum Objektschutz werden Mitte der 70er Jahre in Bonn gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt.

Die GdP engagiert sich weiter bei dem Weg des BGS zu einer „echten“ Polizei und beteiligt sich zum ersten Mal mit eigenen Kandidaten an der Wahl zum BGS-Hauptpersonalrat. Es wird ein überragender Erfolg – ein Beweis, dass der GdP-Kurs von den Beschäftigten im BGS voll anerkannt wird.

Auf die durch den Computer ermöglichten Datenerfassungen erfolgt zum 1. Januar 1978 die gesetzgeberische Reaktion: Das Datenschutzgesetz, das die Privatsphäre des Bürgers schützen und die unerlaubte Weitergabe persönlicher Daten verhindern soll, tritt in Kraft. Im Februar 1978 wird das Amt des Bundesbeauftragten für den Datenschutz eingerichtet, die Länder ernennen eigene Landesbeauftragte.

Was geschah noch? Er läuft und läuft. Nach 40 Jahren läuft am 19. Januar 1978 der letzte VW-Käfer vom Fließband. Er wird in Mexiko im dortigen Volkswagenwerk zunächst weiter produziert.

1979

Ein wichtiger Schritt voran: Wie von der GdP in ihren Konzepten zur Qualifikation und Bewertung des Polizeidienstes gefordert, bringt das Jahr 1979 in den Polizeien der Länder den Umstieg auf das obligatorische sechssemestrige Studium für den gehobenen Polizeidienst.

Was sich 1977 im Gesetzgebungsverfahren angebahnt hat, wird wahr: Das neue Spitzenamt im mittleren Dienst, A 9 mit Zulage, gilt mit Wirkung vom 14. Januar 1979, und zwar in Bund und Ländern.

Das sind die guten Nachrichten im Frühjahr 1979. Die schlechte: Mit den Probebohrungen zur Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll im niedersächsischen Gorleben beginnt



Der Protest von Atomkraftgegnern richtet sich auch gegen Castor-Transporte – eine schwierige Aufgabe für Polizei und BGS, die einerseits den Transport gegen Militante schützen und andererseits eine friedliche Demonstration ermöglichen müssen.

eine jahrelange Kette von Demonstrationen, immer dort, wo es um industrielle Großprojekte oder um militärische bzw. politische Symbole für die Raketenrüstung geht. Die Namenskette der Orte – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – wird ganzen Polizei-Generationen geläufig: Gorleben, Grohnde, Kalkar, Brokdorf, Mutlangen, Startbahn West Frankfurt, Bitburg, Berlin, Bonn, Wackersdorf. Das Problem für die Polizei ist ein doppeltes. Zum einen wächst die Zahl der friedlichen Demonstranten im Laufe der Jahre bis hin zu den rund 300.000, die 1983 an der Friedensdemonstration in Bonn teilnehmen, zum anderen bildet sich ein Potential reisender Ge-

walttäter, die völlig unabhängig vom Anlass die Auseinandersetzung mit der Polizei suchen und mit immer größerer Brutalität vorgehen.

Die GdP appelliert öffentlich immer wieder an das Gebot der Friedlichkeit bei der politischen Auseinandersetzung. Zugleich engagiert sie sich stark für die Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung, um das persönliche Risiko der Einsatzkräfte zu mindern.

Der Bezug zur täglichen Praxis der Polizei als Grundlage der GdP-Arbeit führt im

Oktober 1979 zu einem Meilenstein: Nach intensiven Gesprächen mit der Automobilindustrie wird das „GdP-Pflichtenheft Funkstreifenwagen 2000“ vorgelegt – die Grundlage für die offizielle Technische Richtlinie Funkstreifenwagen, die seither je nach Erfordernis fortgeschrieben wird.

Durchaus willkommen: Im Rahmen der Tarif- und Besoldungsrunde wird das Urlaubsgeld auf 300 DM verdoppelt.

Am 8. Mai 1979 verabschiedet der Europarat in Straßburg die „Deklaration über die Polizei“, das erste internationale Dokument, das den zivilen Status der Polizei und das Gewerkschaftsrecht festlegt.



Bundespräsident Prof. Karl Carstens besucht 1979 in Hannover den GdP-Bundeskongress.

dert haben. Verändert hat sich auch das Einkommen, nämlich auf nunmehr 2450,89 DM. Der zum Vergleich aufgeführte Angestellte in der Vergütungsgruppe VII BAT, ebenfalls 32 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, zehn Jahre im öffentlichen Dienst, kommt auf 2356,20 DM.

Die Belastungen des Schichtdienstes bleiben ein Dauerthema. Am 8. Dezember 1979 suchen GdP-Mitglieder bei dem GdP-Aktionstag zum Schichtdienst in 30 Städten quer durch Deutschland das Gespräch mit dem Bürger; bei aller Notwendigkeit des Dienstes rund um die Uhr soll um Verständnis für die Belastungen geworben werden.

rige versorgungsrechtliche Wartezeit für A9-plus Zulage-Stellen abgeschlossen.

Ein weiterer beachtlicher Fortschritt, den die GdP erreicht

Im Frühjahr 1980 hält die „Hlywa-Fahndung“ die Polizei im Köln-Bonner Raum in Atem. Hlywa hat einen Polizeibeamten getötet und ist in die Wälder des Bergischen Landes geflohen. Wie ein Phantom wird er gesehen, verschwindet aber immer wieder. Hektisch wird es, als er angeblich gleichzeitig an mehreren Orten auftaucht. Als er schließlich in einem Haus gestellt wird, erschießt er sich.

Aber auch das gibt es. Bei Kra- wallen nach einer öffentlichen

1980

Das hat die Kölner Sporthalle auch noch nicht gesehen. Nach einer Sternfahrt finden sich dort am 4. März 1980 7.500 Kolleginnen und Kollegen ein, um gegen die Belastungen des Wechselschichtdienstes zu protestieren und den Forderungen der GdP nach Verbesserung Nachdruck zu verleihen. Die meisten kommen in Dienstkleidung, allerdings die bayerischen Kollegen nicht. Ihnen wurde dies offiziell untersagt; sie tragen die krachlederne „Nationaltracht“. Der Innenministerkonferenz wird im April 1980 die GdP-Resolution zum Wechselschichtdienst übergeben.

Aus heutiger Sicht märchenhaft: Die Einkommensrunde führt zu einer Verbesserung von 6,3 Prozent. Im übrigen wird die zweijäh-



In der Kölner Sporthalle geht's rund. Im März 1980 protestieren 7500 Kolleginnen und Kollegen nach einer Sternfahrt gegen die Belastungen des Wechselschichtdienstes.

hat: Aus dem eingangs dieser Chronik als Beispiel aufgeführten Polizeihauptwachtmeister, 32 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, ist inzwischen ein Polizeimeister geworden, schlicht deshalb, weil sich die Eingangsämter verän-

Verordnung von Bundeswehrrekruten werden in Bremen am 6. Mai 1980 257 Polizeibeamte verletzt. Die GdP veröffentlicht daraufhin eine Resolution zur Rolle der Polizei bei gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

50 JAHRE GdP



Neben den Krawallen darf der friedliche Protest nicht übersehen werden. Am 10. Oktober 1981 bekennen sich rund 300.000 Menschen in Bonn auf der bislang größten Kundgebung in der Bundesrepublik zu Frieden und Abrüstung.

Eine Männerdomäne fällt. In den Stadtstaaten Hamburg und Berlin gab es in den Nachkriegsjahren bereits Frauen bei Schutz- und Kriminalpolizei, jedoch mit einem separaten Werdegang. Nachdem bei der Kriminalpolizei Frauen in Ausbildung und Verwendung den Männern gleichgestellt sind, werden nun in Berlin und in einigen anderen Bundesländern die ersten Frauen in den allgemeinen Dienst bei der Schutzpolizei eingestellt, ein nicht ganz einfacher Prozess. Beispiel: In einigen Kleiderkammern mutet



Eine Männerdomäne fällt: Seit 1980 werden Frauen in den allgemeinen Dienst der Schutzpolizei eingestellt.



Politische Gespräche auf hoher Ebene. GdP-Vorsitzender Helmut Schirmacher und GdP-Geschäftsführer Friedel Gniesmer diskutieren mit Bundeskanzler Helmut Schmidt.

man ihnen „aus pragmatischen Gründen“ Hosen in kleinen Herrensreißern zu.

Die Partei „Die Grünen“ gründet sich am 13. Januar 1980 in Karlsruhe als Bundespartei.

Was geschah sonst noch? Die

Bundesrepublik schließt sich elf anderen europäischen Ländern an und führt am 6. April 1980 die Sommerzeit ein.

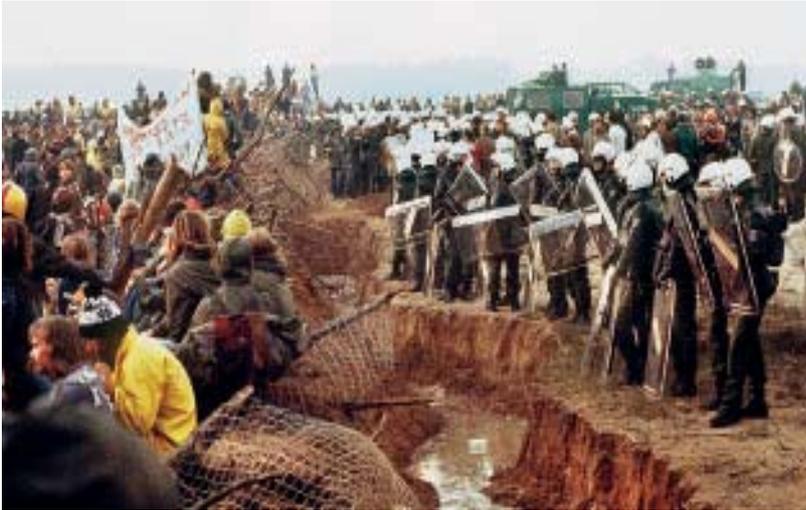
Auf dem Münchener Oktoberfest werden bei der Explosion eines Sprengsatzes 13 Menschen getötet und über 200 schwer verletzt. Täter ist ein Student, Angehöriger der verbotenen rechtsextremistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“; er kommt bei dem Anschlag selbst ums Leben.

1981

Die Reihe der gewalttätigen Auseinandersetzungen geht im Jahr 1981 weiter. Berlin, Frankfurt und Hamburg sind nur einige der Orte. Die GdP fordert Maßnahmen gegen diesen Straßenterror. Beim

„Marsch auf Brokdorf“ versammeln sich über 50.000 Atomkraftgegner zum Protest, 10.000 Polizisten sind im Einsatz. Nach der Räumung eines Hüttendorfs auf dem Gelände der geplanten Startbahn West in Frankfurt kommt es zu schweren Ausschreitungen.

Auf einer Sondersitzung beschließt der Bundesvorstand Thesen und Forderungen zum Demonstrationsgeschehen und den kriminellen Begleiterscheinungen. Die Innenministerkonferenz folgt in wesentlichen Punkten der Position der GdP, so bei der Überzeugung, dass Gesetzesverschär-



Die Reihe der gewalttätigen Auseinandersetzungen reißt nicht ab. Die Startbahn West in Frankfurt ergänzt ab Herbst 1981 die Einsatzorte der Polizei.

Bereicherung von Vorstandsmitgliedern des gewerkschaftseigenen Bauunternehmens NEUE HEIMAT; die öffentliche Aufarbeitung des Vorfalls drängt die unbestreitbaren Verdienste des Unternehmens bei der Beschaffung erschwinglichen Wohnraums für Millionen von Arbeitnehmerfamilien während der fünfziger und sechziger Jahren in den Hintergrund.

Bei ihrer ständigen Mahnung gegenüber Politik und Öffentlich-

fungen nicht weiterhelfen, dafür jedoch die Ausschöpfung bestehenden Rechts. Wichtig ist das Bekenntnis der Politik, wonach politische Anliegen keinesfalls Rechtsbrüche rechtfertigen.

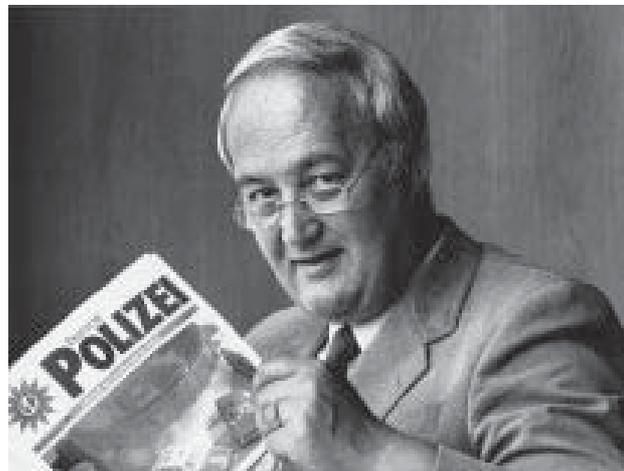
Fortschritt beim Kampf für die Verbesserungen im Schichtdienst: Schichtdienstleistende bekommen bis zu vier Tagen Zusatzurlaub jährlich.

Führungswechsel bei der GdP: Helmut Schirmmacher wird zum Polizeipräsidenten von Bielefeld ernannt. Zu seinem Nachfolger als GdP-Vorsitzender wählen Gewerkschaftsausschuss und -vorstand am 26. Juni 1981 Günter Schröder, Kriminalhauptkommissar aus Nordrhein-Westfalen.

Bei den immer wiederkehrenden Krawallen auf der Straße darf nicht übersehen werden, dass die

große Mehrheit zum friedlichen Protest steht. Am 10. Oktober 1981 bekennen sich rund 300.000 Menschen in Bonn auf der bisher größten Friedensdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik zur Forderung nach Frieden und Abrüstung.

Was geschah noch? Gar nicht friedlich, sondern ausgesprochen fies geht es bei der Fernsehserie „Dallas“ zu, die ab Sommer 1981 im Fernsehen ausgestrahlt wird. Prinz Charles heiratet Lady Di.



Günter Schröder, GdP-Vorsitzender von 1982 bis 1986.

keit zur Friedlichkeit erreicht die GdP am Verfassungstag, dem 23. Mai 1982, hohe Aufmerksamkeit. In der geschichtsträchtigen Frankfurter Paulskirche mahnt die GdP zum „Frieden nach innen“; Bundeskanzler Helmut Schmidt und ZEIT-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff unterstützen in eindrucksvollen Reden den GdP-Ap-pell.

Einige bleiben offenkundig bei Radikalität und Gewalt. Am 23. Juli 1982 wird die GdP-Bundesgeschäftsstelle durch einen Brandanschlag erheblich beschädigt. Das GdP-Archiv wird fast vollständig vernichtet. Der Anschlag gilt der GdP als Berufsorganisation der Polizei.

Immer wieder der Wechsel von friedlich und unfriedlich. Bei der



So etwas geht auch in einer Republik ans Herz: königliche Hochzeit zwischen Prinz Charles und Lady Di am 29. Juli 1981.

1982

Für die Gewerkschaften im DGB ein herber Ansehensverlust: Der SPIEGEL enthüllt im Februar 1982 den Skandal um die persönliche

50 JAHRE GdP

größten Demonstration der Nachkriegszeit kommen am 10. Juni 1982 rund 400.000 Teilnehmer aus Anlass des Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan und des

Christian Klar, einer der meistgesuchten Terroristen, wird nach fünfjähriger Fahndung im Sachsenwald bei Hamburg festgenommen.



Auf dem Hintergrund anhaltender Gewalt bei Demonstrationen mahnt die GdP in einer eindrucksvollen Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche zum Frieden. Zu den Rednern gehört Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Gipfeltreffens der NATO-Staaten nach Bonn. Es bleibt völlig friedlich. Hingegen fordern Ausschreitungen an der Startbahn West 140 Verletzte, 90 Personen werden festgenommen.

Auf ihre Weise kampfbereit ist die GdP. Sie wehrt sich im Juli und September 1982 auf Protestkundgebungen zusammen mit dem DGB gegen die Abkoppelung der Besoldungsanpassung vom Tarifiergebnis. Ergebnis: Nachdem geplante Einkommenskürzungen vom Tisch sind, wird auch auf die Abkoppelung verzichtet.

Der 17. Ordentliche Bundeskongress der GdP in Nürnberg berücksichtigt neue Entwicklungen in der Polizei. In die Satzung werden zwei neue Bundesfachausschüsse aufgenommen, nämlich für Frauen und für den Bundesgrenzschutz.

Nach 13 Jahren zerbricht in Bonn die sozial-liberale Koalition. Über ein konstruktives Misstrauensvotum wird Dr. Helmut Kohl (CDU) am 1. Oktober 1982 im Bundestag zum Bundeskanzler gewählt.

Was geschah noch? „Ein bisschen Frieden“ singt Nicole und gewinnt damit beim Grand Prix d'Eurovision de la Chanson. Was würde Stefan Raab heute sagen? „Wadde hadde wir uns gefreut“.

1983

Im Sommer 1983 bekräftigt die GdP in einem einstimmigen Vorstandsbeschluss ihre Haltung, eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes abzulehnen. Begründung: Eine Strafbewehrung von Vermummung und Passivbewehrung hilft der Polizei nicht,

sondern behindert vielmehr eine sinnvolle Polizeitaktik, wenn es darum geht, einerseits eine friedliche Demonstration zu schützen und andererseits Straftäter zu verfolgen. Das beharrliche Eintreten für Friedlichkeit zeigt Erfolg. Bei der Aktionswoche der Friedensinitiativen im Oktober 1983 bleiben befürchtete Ausschreitungen weitgehend aus. Bundespräsident Prof. Carstens äußert Verständnis für die Sorge vieler Menschen um den Frieden, hält aber die Berufung auf das Widerstandsrecht aus der Verfassung für „absurd“. Nach der Demonstration von rund 300.000 Menschen bei der Friedensdemo in Bonn bilanziert NRW-Innenminister Dr. Schnoor, dass das positive Echo auf den Polizeieinsatz dem „lageangepassten Auftreten“ zu verdanken sei.

Aufmerksamer Beobachter der Bonner Demo ist auf Einladung der GdP der Generalsekretär der Police Federation Englands, Peter Tanner. Angesichts zunehmender Auseinandersetzungen der britischen Polizei in London mit Gewaltbereiten will er sich über Einsatzkonzepte in Deutschland informieren.

Im Herbst 1983 beteiligt sich die GdP an Demonstrationen der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst.

Was geschah noch? Eine Sensation wird zum Skandal: Die Hamburger Illustrierte STERN veröffentlicht am 28. April 1983 „Hitlers Tagebücher“, am 6. Mai beweist das Bundesarchiv in Koblenz, dass es sich um eine dreiste Fälschung handelt.

1984

Im Rahmen der allgemeinen gewerkschaftlichen Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit

tritt die GdP mit einem eigenen Konzept an. In Bremen folgen über 5000 Mitglieder dem GdP-Aufruf zu einer Demonstration für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Motto: „55 Jahre sind genug! – Gebt jungen Menschen Arbeit“.

Nach fünfjährigen Verhandlungen tritt der neue Tarifvertrag für Angestellte in der Datenverarbeitung in Kraft.

Ein bis heute aktuell gebliebenes Thema: Im Oktober 1984 beschäftigt sich ein GdP-Forum zur Verkehrssicherheit in Köln mit „Unfallgeschehen – Spiegelbild einer Ellbogengesellschaft“.

Auf Initiative der GdP behandelt ein UISP-Seminar an der Polizeiführungsakademie in Münster „Terrorismus – ein internationales Problem in Europa“. Wie aktuell das Thema ist, beweist sich am Schlusstag des Seminars. Im englischen Seebad Brighton wird das

Rücktritten (Graf Lambsdorff, Dr. Barzel).

Was geschah noch? Ein neues Medienzeitalter zeichnet sich ab. Zum 1. Januar 1984 startet in Ludwigshafen das Pilotprojekt Kabelfernsehen. 1200 „Testgucker“ können zusätzlich acht Programme sehen.

George Orwells düstere Zukunftsprognose in seinem Roman „1984“ tritt nicht ein: Das Jahr geht zu Ende, ohne dass der totale Überwachungsstaat Wirklichkeit wird.

1985

Damals unerhört, heute in einigen Ländern, allen voran NRW, schon fast eine Selbstverständlichkeit: „Ein Kommissar in jeden Streifenwagen“. In einem Pressegespräch erhebt der GdP-Vorsitzende Günter Schröder diese For-

tive der GdP-Politik. Für eine entsprechend leistungsgerechte Bewertung der Polizei ruft die GdP im Frühjahr 1985 zu einer Reihe von Kundgebungen, die am 18. April 1985 in Stuttgart beginnen und im Oktober in Mainz mit 5000 Teilnehmern ihren Höhepunkt und Abschluss finden. Weitere heftige Kritik der GdP bei dieser Protestreihe: die völlig veraltete Personalbedarfsplanung bei der Polizei. Gefordert wird eine dringende Verstärkung der Polizei, um den offenkundig gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden.

Immer mehr wird die Sorge um die Umwelt auch zu einem Thema für die Polizei. In Düsseldorf findet am 25. April 1985 das GdP-Forum „Polizei und Umwelt“ statt, bei dem verbesserte Bekämpfungsmöglichkeiten von Umweltstraftaten gefordert werden. Der Düsseldorfer Künstler Anatol, Kollege des Verkehrsdienstes und versierter Puppenspieler bei der Verkehrspuppenbühne des Düsseldorfer Präsidiums, gestaltet seinen „Baum in Blei“, eine Plastik, die seither ihren ständigen Platz im Foyer des Hildener Gewerkschaftshauses hat.

Am 14. September 1985 erinnert die GdP unter dem Motto „40 Jahre danach – 35 Jahre GdP“ im Hamburger Rathaus an den Aufbau der Polizei nach Kriegsende und die Gründung der GdP.

Polizeiliche Großeinsätze setzen sich fort. Beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn sind ca. 11.000 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

In Hessen entsteht am 12. Dezember 1985 die erste rot-grüne Landesregierung. Joschka Fischer, damals noch in Turnschuhen, wird Umweltminister.

Was geschah noch? Der 29. Mai 1985 wird zum schwarzen Tag für den Fußball. Beim Europacup-Spiel zwischen Juventus Turin und FC Liverpool im Brüsseler Heysel-Stadion

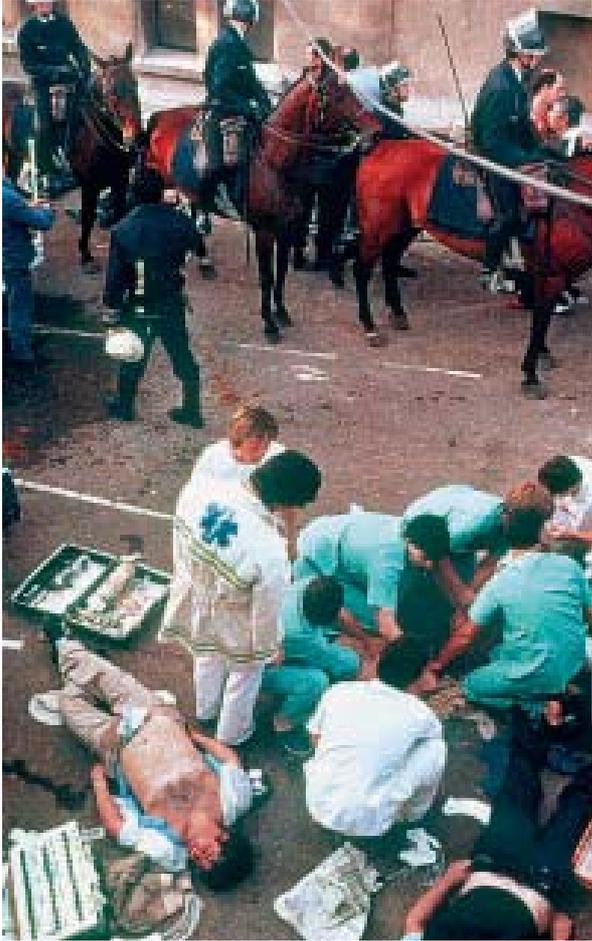


Der Debatte zur Arbeitszeitverkürzung fügt die GdP ein eigenes Konzept an: Unter dem Motto „55 Jahre sind genug - gebt jungen Menschen Arbeit“ ruft sie 1984 zur Demonstration nach Bremen.

Grand Hotel durch eine Bombe schwer beschädigt. Premierministerin Thatcher bleibt unverletzt.

Die erste große Parteispendenaffäre, die „Flick-Affäre“, führt zu

derung, weil der Polizeidienst von seinem Anforderungsprofil in den gehobenen Dienst gehört; die „Zweigeteilte Laufbahn“ wird immer mehr zur zentralen Perspek-



Schwarzer Tag des Fußballs:
Beim Europacup-Spiel zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool am 29. Mai 1985 kommen bei einer Massenpanik im Heysel-Stadion in Brüssel 39 Menschen ums Leben.

werden 39 Menschen getötet und über 400 verletzt, als nach Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans eine Panik ausbricht.

Ein Novum für die Bundesrepublik Deutschland: Am 18. Januar 1985 wird zum ersten Mal „Smogalarm“ der Stufe III ausgerufen – in zahlreichen Städten herrscht totales Fahrverbot für Kraftfahrzeuge.

Der 17-jährige Boris Becker wird am 7. Juli 1985 als erster Deutscher Wimbledon-Sieger, eine Welle der Tennisbegeisterung beginnt.

Das tägliche Leben zieht beim Fernsehen ein. Am 8. Dezember 1985 wird die erste Folge der

„Lindenstraße“ ausgestrahlt.

1986

Betteln ist eine naheliegende Lösung, wenn man kein Geld hat. Also gehen Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Kassel auf die Straße, um für die Ausstattung der Diensträume des Schichtdienstes bei den Bürgern um Geld und Sachspenden zu bitten. Der Innenminister in Hessen hat nämlich kein Geld, wie er sagt.

Als die Aktion bekannt wird, ist doch plötzlich Geld aus dem Topf des Innenministeriums da. Die GdP-Aktion ist dem Minister

dann doch wohl zu peinlich.

Bei der Bewertung des Polizeidienstes kommt die GdP einen Schritt vorwärts. Die Obergrenzen für die Anteile der Beförderungsämter in den Besoldungsgruppen A 8 und A 9 werden um jeweils fünf Prozentpunkte auf 40 v. H. angehoben. Das Urlaubsgeld wird für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 von 300 auf 450 DM erhöht.

Auf dem 18. Bundeskongress der GdP im November 1986 in Mannheim verzichtet Günter Schröder auf eine nochmalige Kandidatur zum Vorsitzenden. Zum Nachfolger wird Hermann Lutz, Polizeioberrat aus Rheinland-Pfalz, gewählt.

Mit einer in der Öffentlichkeit viel beachteten Plakataktion weist die GdP im September 1986 auf die Belastung des Polizeidienstes hin: „Wir halten für Sie die Köpfe hin. Sag ja zur Demokratie – sag ja zur Polizei“.

Ein Datum, das schlagartig die Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie offenbart: Am 26. April explodiert der Reaktorblock 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl in der Ukraine. Dabei wird die fünfzigfache Radioaktivität der Atombombenexplosion von Hiro-



Paradox: Bei der Demo für Abrüstung in Bonn fliegen Steine, und die Polizei muss sich schützen.

shima freigesetzt. Die radioaktive Wolke schlägt sich über Skandinavien, Ost- und Mitteleuropa nieder. Beamte von BGS und Landespolizeien überprüfen Lkw und deren Ladungen beim Grenzübertritt von Osten auf Radioaktivität. Der Geigerzähler wird zum polizeilichen Einsatzmittel.

Die rheinland-pfälzische Polizei, die in dem Ruf steht, nicht besonders demonstrationserfahren zu sein, liefert ein vielbeachtetes Meisterstück: Bei der Demonstration von über 180.000 Menschen in der Eifel gegen die Raketenrüstung verfolgt sie ein Konzept der einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit und der ständigen Kommunikation mit den Veranstaltern. Es bleibt nicht nur völlig friedlich, sondern die Polizei gewinnt erheblich an Ansehen.



Hermann Lutz, GdP-Vorsitzender von 1986 bis 1998.

Ein Bombenanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“, in der hauptsächlich amerikanische Soldaten verkehren, fordert am 5. April 1986 zwei Tote und über 200 Verletzte. Die US-Geheimdienste vermuten libysche Terroristen als Drahtzieher. Zehn Tage später fliegen US-Kampfflugzeuge Bombenangriffe auf Tripolis und Bengasi. 100 Menschen sterben bei der umstrittenen Vergeltungsaktion der USA.

Der Terror fordert weitere Opfer. Am 9. Juli kommen der Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts und sein Fahrer bei einem Bombenanschlag ums Leben, am 10. Oktober wird der Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl, erschossen. Am 5. Dezember verabschiedet der Bundestag schärfere Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus.

1987

Ein schlimmes Jahr für die Polizei: Im Oktober 1987 werden in Hannover zwei Kollegen bei einer Fahndung erschossen, zwölf Tage später, am 2. November 1987, sterben wieder zwei Kollegen, diesmal an der Startbahn West, der blutige Höhepunkt der dortigen Auseinandersetzungen. „Die Farbe der Trauer ist grün an diesem Dienstagvormittag“, sagt ein Rundfunkreporter über den anschließenden Trauerzug, zu dem die GdP nach Frankfurt gerufen hat.

Nicht genug der Gewalt: Im Berliner Stadtteil Kreuzberg kommt es zu den schlimmsten Krawallen in der Geschichte der geteilten Stadt. Es gibt Brandstiftungen, Plünderungen und brutale Angriffe gegen Personen.

Das Engagement der GdP für den Schichtdienst führt zu einem weiteren Erfolg. Die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) wird auf 1,50 DM pro Stunde erhöht.

Nach den Ländern stellt nun auch der BGS Frauen in den Polizeivollzugsdienst ein.

Im Mai 1987 konstituiert sich die Seniorengruppe (Bund) aufgrund des Beschlusses vom GdP-Kongress 1986 in Mannheim.

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet bekommt ein Symbol: In Duisburg-Rheinhausen sollen zahlreiche Arbeitsplätze in der Stahlindustrie wegfallen. An den Demonstrationen zum Erhalt der Arbeitsplätze beteiligt sich die GdP, ein lebendiger Beweis für die Solida-



Zum 2. Mai 1987 kommt es in Berlin zu den bislang schlimmsten Krawallen in der geteilten Stadt.

rität mit Arbeitnehmern, die um ihre Zukunft bangen.

Bis heute nicht eindeutig geklärt ist ein Fall, der im Jahr 1987 großes Aufsehen erregt. Dr. Uwe Barschel, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, muss zurücktreten, nachdem Bespitzelungen seines Gegenkandidaten Björn Engholm bekannt werden. Zwei Wochen später, am 11. Oktober 1987, wird Barschel tot in der Badewanne eines Genfer Hotels aufgefunden. Die Behörden erkennen auf Selbstmord, doch gibt es bis heute immer wieder Thesen um ein Mordkomplott.

Was geschah noch? Vom gefürchteten sowjetischen Militär unentdeckt fliegt der 19-jährige Sportpilot



Mit einer um den Hals gehängten Zielscheibe demonstriert dieser Polizist während eines Trauerzugs in Freiburg am 5.11.1987 seine Bestürzung über den Tod zweier an der Startbahn West erschossener Polizeibeamter.

Mathias Rust mit einem Sportflugzeug von Hamburg nach Moskau, wo er auf dem Roten Platz landet.

Am 7. Juli 1987 versagen bei einem mit 3200 Litern Treibstoff beladenen Tanklastzug die Bremsen. Das Fahrzeug rast im hessischen Herborn in ein Haus und explodiert. Fünf Menschen sterben.

1988

Das Thema Arbeitszeitverkürzung erreicht auch den öffentlichen Dienst. Bei der Tarifrunde 1988 wird die 38,5-Stunden-Woche vereinbart, die in Stufen bis 1990 eingeführt wird – heute in einigen Ländern für die Beamten wieder auf 40 Stunden heraufgesetzt.

waffenrechtliche Erlaubnis überprüft werden soll.

Tagelang hält ein Ereignis Polizei und Öffentlichkeit in Atem: das Gladbecker Geiseldrama. Die Bankräuber Rösner und Degowski werden nach einer Verfolgungstour durch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen von einem SEK auf der Autobahn bei Siegburg gestoppt. Das Geiseldrama fordert

Die GdP lässt sich zusammen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB auf moderate Tarifabschlüsse ein, um finanziellen Raum für Neueinstellungen u. a. bei der Polizei zu schaffen. Das Ergebnis ist enttäuschend. Trotz dringender Appelle honorieren die öffentlichen Arbeitgeber das Entgegenkommen der Gewerkschaften nicht.

Die Risiken des Polizeiberufs werden abermals deutlich. In der Polizeiwache im bayerischen Dorfen werden drei arglose Kollegen von einem Mann erschossen, dessen

insgesamt drei Menschenleben, darunter ist auch ein Kollege. Das Medienspektakel um die Geiselnahme gerät heftig in die Kritik, zumal die Berichterstattung über das Verbrechen in Köln zu einer Live-Show mit Interviews der Täter pervertiert.

Als Folge dieser Geiselnahme lebt die Diskussion um den finalen Rettungsschuss ebenso wieder auf wie diejenige über eine geeignete Polizeimunition. Und es gibt eine Konsequenz für die Polizeitaktik. Seither steht die Lösung einer Geiselnahme am Tatort im Vordergrund. Die GdP veröffentlicht ihre Auffassung zur Normierung des tödlich wirkenden Schusses im Sinne der Rechtsklarheit und -sicherheit für die Polizei auf einer Pressekonferenz im November 1988.

Zur Unterstützung gewerkschaftlicher Initiativen wird ein eigener GdP-Aktionsbus beschafft und ausgestattet.

Am 3. Oktober 1988 stirbt der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, einer der prominentesten, aber auch umstrittensten Politiker der Nachkriegszeit.

Was geschah noch? Bei einer Luftfahrtschau auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein stoßen am



Das Gladbecker Geiseldrama im August 1988 endete mit einem Blutbad. Einer der Geiselnnehmer bedroht Silke Bischoff, die ihr Leben verliert.



Die deutsch-deutsche Vereinigung im Herbst 1989: Westberliner Polizisten feiern die Grenzöffnung mit einem Kollegen der Volkspolizei am 11. November 1989.

28. August 1988 drei Düsenjäger zusammen und stürzen in die Zuschauermenge. 39 Menschen kommen sofort ums Leben, 31 weitere erliegen später ihren Verletzungen.

1989

Hartnäckige „Bearbeitung“ der Politik führt zum Erfolg. Die GdP erreicht beachtliche Erfolge: Polizeizulage und Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten sollen verbessert, eine Erschwerniszulage für verdeckte Ermittler eingeführt werden. Und es soll wieder einen finanziellen Ausgleich für Polizeibeamte in Ballungsräumen geben.

Ein großes Verdienst für die GdP und ein Armutszeugnis für die großen politischen Parteien: Nach dem Einzug der rechtsradikalen Republikaner in das Berliner Abgeordnetenhaus im Februar 1989 ist es die GdP, die mit ihrer detaillierten Analyse des Parteiprogramms der REPs und einem Abgleich am Grundgesetz deren wahre Gesinnung beweist. Die etablierten Parteien, aber auch Medien und Öffentlichkeit greifen begierig auf die GdP-Analyse zurück. Das Engagement bleibt nicht ohne hohe Anerkennung: Der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz wird mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet.

Immer wieder beweist die GdP,

dass sie zur Durchsetzung ihrer Ziele die Kolleginnen und Kollegen der Polizei zu mobilisieren versteht. Im Oktober 1989 demonstrieren tausende von Polizeibeschäftigten in Hannover und Kiel gegen Einsparmaßnahmen sowie gegen Überlastung und Unterbewertung des Polizeidienstes.

Die Organisation der Polizei wird immer mehr zum Thema. In Nordrhein-Westfalen verabschiedet die GdP im September 1989 eine Resolution, die die einheitliche Organisation der Polizei fordert.

Die politische Wende im Osten kündigt sich an. Tausende von DDR-Bürgern kehren ihrer Heimat den Rücken; sie suchen den Weg in den Westen über die bundesdeutschen Botschaften in Warschau, Prag und Budapest. Als Ungarn im September 1989 den Zaun zum Westen öffnet, setzt sich ein ganzer Strom in Bewegung.

Die Montags-Demonstrationen in Leipzig gewinnen immer mehr Zulauf, die öffentliche Kritik an den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der DDR wird immer lauter: „Wir sind das Volk!“ Die DDR feiert zwar Anfang Oktober 1989 ihr 40-jähriges Bestehen in Berlin, doch der Prozess des Wandels ist nicht mehr aufzuhalten. Am 9. November 1989 öffnet die DDR die Grenzen nach West-Berlin, die Mauer fällt. Auf den

Straßen Berlins feiern Zehntausende die neue Freiheit.

1990

Die GdP muss „gesamtdeutsch“ denken und handeln: Sie leistet mit ihren Gliederungen den Kolleginnen und Kollegen der Volkspolizei in der DDR Hilfe zum Aufbau einer eigenen gewerkschaftlichen Struktur, die ihnen bis zur Wende im alten System verwehrt war. Mit hohem Engagement wird die Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP) aufgebaut. Am 30. Mai



Der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz vor dem Brandenburger Tor, das Ende 1989 noch von der Mauer verdeckt ist.

1990 unterzeichnen GdP und GdVP einen Vertrag, in dem beide Seiten ihren Willen zur Schaffung einer einheitlichen Berufssor-

50 JAHRE GdP



Am 30. Mai 1990 unterzeichnen GdP-Vorsitzender Hermann Lutz (links) und GdVP-Vorsitzender Guido Grützmänn den Vertrag zur Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaft.

geforderte Verbesserungen werden 1990 Wirklichkeit. Erstmals seit 1972 steigt die Polizeizulage von 120 DM auf 200 DM – und sie wird ruhegehaltfähig. Die allgemeine Zulage wird erhöht, und die Stellenplanobergrenzen für den gehobenen Dienst werden erstmals seit 1971 angehoben. Auch die Entschädigungssätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten werden aufgestockt, und zwar auf 2,50 DM zur Nachtzeit und auf 4,00 DM für Sonn- und Feiertage.

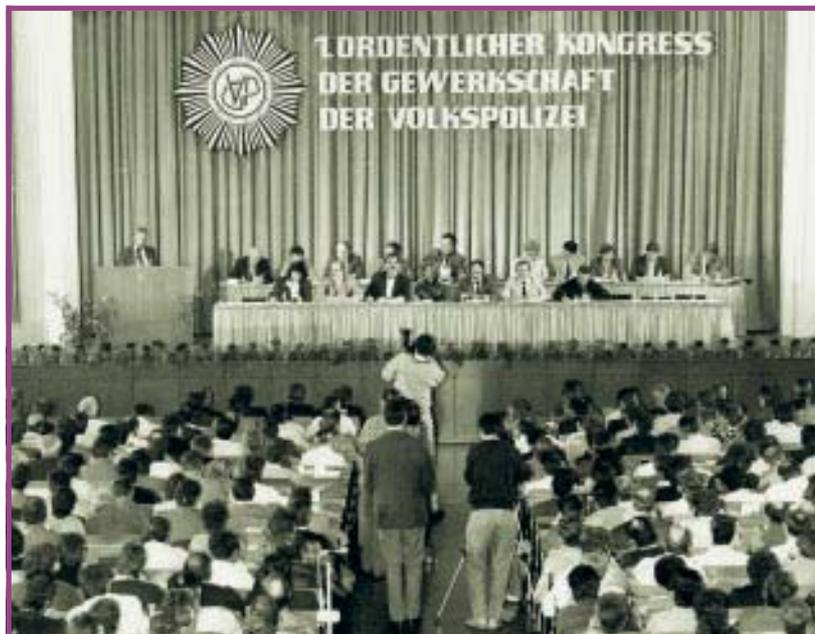
ganisation der Polizei in Deutschland erklären. Als sich die politische Einigung Deutschlands zum 3. Oktober 1990 abzeichnet, einigen sich GdP und GdVP: Die GdVP löst sich auf, im Oktober 1990 wird mit der Gründung der GdP-Landesbezirke in den neuen Ländern begonnen.

Unter dem Eindruck der noch ganz jungen Vereinigung Deutschlands findet der 19. Bundeskongress der GdP im Oktober 1990 in Frankfurt-Hoechst statt.

Der ganz allgemein für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft notwendige Prozess des Zusammenführens und -findens ist auch für die Polizei und die GdP nicht einfach. An die Stelle eines zentralistisch gelenkten Machtapparates tritt der Aufbau von Landespolizeien, verbunden mit der Notwendigkeit einer organisatorischen Entflechtung. Bereiche wie Feuerwehr, Strafvollzug, Pass- und Meldewesen und Betriebsschutz werden ausgegliedert und in die entsprechenden Verwaltungen der Länder und Kommunen integriert. Parallel zu dieser Entwicklung in der Polizei geht der Aufbau der Landesbezirke Ost und ihrer Untergliederungen voran. Für den Bundesgrenzschutz gilt es, sich nunmehr auf das deutlich größere Bundesgebiet auszudehnen und seine Rolle nach dem Wegfall der deutsch-deutschen Grenze in wesentlichen Teilen neu zu definieren.

Neben der Aufgabe, den Einigungsprozess wie beschrieben mitzugestalten, bleibt der GdP natürlich ihr gewohntes Arbeitsfeld erhalten. In Nordrhein-Westfalen kämpft die GdP u. a. mit einer Handzettelaktion für „Mehr Personal für die Polizei“; eine Demonstration im November 1990 mit mehr als 15.000 Teilnehmern

Die stetige Arbeit der GdP lässt sich wiederum belegen: Der 32-jährige Kollege, verheiratet, zwei Kinder, zehn Jahre im Dienst, ist aufgrund verbesserter Stellenpläne inzwischen Polizeiobermeister; sein Einkommen: 3322,541 DM. Der vergleichbare Angestellte der Vergütungsgruppe VII BAT kommt auf 2866,92 DM.



Nach dem Fall der Mauer organisiert sich die gewerkschaftliche Arbeit, hier beim 1. Ordentlichen Kongress der GdVP.

fordert mehr Personal, bessere Berufschancen und eine gerechte Bewertung.

Was sich 1989 abgezeichnet hat, wird wahr. Zahlreiche von der GdP

Zwei politische Attentate: Am 25. April 1990 wird SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine mit einem Messer schwer verletzt, am 12. Oktober 1990 wird Bundesinnenminister Wolf



Kolleginnen und Kollegen der GdVP nehmen ein jahrelang vermisstes Recht in Anspruch, sie demonstrieren.

gang Schäuble von Schüssen getroffen; er bleibt an den Rollstuhl gefesselt.

Am 2. Dezember 1990 findet die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt.

1991

In mehreren Ländern, so in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, kommt Bewegung in ein Gefüge, das jahrzehntelang praktisch als unveränderbar gegolten hat: Der Anteil des gehobenen Dienstes wird zu Lasten des mittleren Dienstes angehoben. Der Weg zur zweigeteilten Laufbahn – ein ganz entscheidendes Ziel gewerkschaftlicher Arbeit seit 1972 – wird mit immer größeren Schritten eingeschlagen. Eine wichtige Schützenhilfe hierbei ist das Gutachten der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum, die im Auftrage des Innenministeriums NRW in einem Gutachten zur „Funktionsbewertung der Schutzpolizei“ im Sommer 1991 zu dem Schluss kommt, dass mit wenigen Ausnahmen die schutzpolizeiliche Tätigkeit dem gehobenen Dienst zuzuordnen ist.

Das Jahr 1991 wird von der GdP intensiv genutzt, um gegenüber dem Gesetzgeber deutlich zu machen, dass insbesondere für den Wechselschichtdienst weitere Verbesserungen notwendig sind. Er-

gebnis: Rückwirkend zum 1. April 1991 wird eine neue Schicht- und Wechselschichtdienstzulage von bis zu 200 DM eingeführt, die allerdings für den Polizeivollzugsdienst zu 50 v. H. auf die Polizeizulage angerechnet wird.

Dass gewerkschaftliche Forderungen – wenn's sein muss – mithilfe von Demonstrationen deutlich gemacht werden müssen, wird prompt auch in den neuen Ländern praktiziert. In Magdeburg und Dresden demonstrieren Tausende von GdP-Mitgliedern für bessere Arbeitsbedingungen bei der Polizei.

Immer mehr wird klar, egal ob in Ost oder West: Die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik und die schlechte Kassenlage von Bund und Ländern führen zu einer völlig anderen Zielrichtung gewerkschaftlicher Politik. Immer weniger geht es um eine positive Weiterentwicklung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei der Polizei – immer mehr geht es um die Abwehr von zum Teil beträchtlichen Verschlechterungen.

Ab nach Berlin: Der Deutsche Bundestag entscheidet sich nach langer Debatte mit knapper Mehrheit für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung.

1992

Der GdP geht die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn zu langsam: Der Bundesvorstand verabschiedet im März ein Thesepapier zur zweigeteilten Laufbahn, und im gleichen Monat nehmen in München über 8000 Kolleginnen und Kollegen an der bundesweiten Demonstration teil, um diesem Ziel Nachdruck zu verleihen.

Der Druck der GdP zahlt sich aus. Noch im gleichen Jahr beginnen mehrere Länder, so Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, mit dem Einstieg: Der gehobene Dienst wird deutlich ausgeweitet. Zugleich sorgt die GdP dafür, dass die Älteren in der Polizei nicht vergessen werden, die während ihrer Dienstzeit derlei Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten nicht gehabt haben. Also bekommen Lebensältere und somit auch Dienst-erfahrene die Möglichkeit des Aufstiegs in den gehobenen Dienst, und zwar aufgrund einer Vielzahl unterschiedlicher Modelle.

Im Mai 1992 kommt es zum zweiten und bislang größten Streik des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland; auch die GdP hat nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen eine Urabstimmung durchgeführt. GdP-Mitglieder des Tarifbereichs beteiligen sich an den Kampfmaßnahmen.

Etwas fürs Auge: Am 13. Mai 1992 lädt die GdP nach Mönchengladbach zu einer außergewöhnlichen Modenschau. Unter dem Motto „Die GdP zieht an“ wird eine neue funktionale und modische Dienstkleidung gezeigt, die wertvolle Anstöße für Verbesserungen gibt. Innergewerkschaftlich von Bedeutung ist im Oktober 1992 der Außerordentliche Bundeskongress in Braunschweig. Die Delegierten verabschieden eine neue Satzung; die Zahl der Mitglieder des Bundesvorstandes ver-

ringert sich auf 32, dafür wird ein Gewerkschaftsbeirat geschaffen, der zwischen den Bundeskongressen das höchste Organ der GdP ist.

Ebenfalls im Oktober 1992 wird

sofort: „Zum Polizeidienst gehört mehr als das Tragen von Uniform und Waffe.“ Das Vorhaben wird nicht weiter verfolgt.



Mai 1992: Die GdP macht Vorschläge für eine neue funktionale und modische Dienstkleidung.

in Berlin an der Uhlandstraße das GdP-Büro Berlin eröffnet.

Eigentlich hat die GdP geglaubt, dass die Diskussion über die unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen von Polizei einerseits und Bundeswehr andererseits Ende der 70er Jahre ihren Abschluss gefunden hat. Im Herbst 1992 kommt indes auf dem Hintergrund des politischen Entspannungsprozesses und der Verkleinerung der Bundeswehr im Bundesinnenministerium die Idee auf, Zeitsoldaten „wegen ihrer Vorkenntnisse“ mit einer verkürzten Ausbildung in die Polizei zu übernehmen. Die GdP interveniert

der Einrichtung von Grenzschutzpräsidien tritt zum 1. April 1993 in Kraft.

Die GdP-Initiative „Demokratie braucht unseren Einsatz“, die vom DGB unterstützt wird, startet im Juni 1993. Über ein ganzes Jahr hinweg werden in fünf Städten der neuen Länder Foren durchgeführt, um gesellschaftliche Gruppen und Vertreter von Kommunen und Polizei zusammenzuführen. So soll der Prozess der Einbindung der Polizei in den neuen Ländern in ein neues Rechts- und Staatsverständnis unterstützt werden.

Nach rund einem Jahr Pause lebt die Debatte über Polizei und

Rechtsradikale und ausländerfeindliche Übergriffe werden immer mehr zu einem innenpolitischen Problem; Rostock-Lichtenhagen am 22. August 1992 und Mölln am 23. November 1992 sind nur zwei Daten solcher Ereignisse.

Was geschah noch? Die erste deutsche „Daily Soap“, „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“, startet am 11. Mai 1992 bei RTL.

1993

Die neue Organisationsstruktur des Bundesgrenzschutzes mit

Bundeswehr wieder auf. Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel denkt öffentlich darüber nach, ob Wehrpflichtige ihren Wehrdienst in einer Art „Polizeireserve“ ableisten sollten. Die GdP befragt daraufhin die übrigen Regierungschefs der Länder nach ihrer Haltung. Resultat: Die weitestgehendsten winken ab.

Doch der nächste Vorstoß kommt, diesmal wieder vom Bundesinnenministerium. Rund 500 Bundeswehrsoldaten sollen in der Dienstkleidung des BGS an der Grenze nach Osten eingesetzt werden, um mit Hilfe von Wärmebildgeräten Schlepperbanden zu fangen. Wieder interveniert die GdP, die durchaus dafür ist, Schlepperbanden dingfest zu machen, aber mit rechtlich einwandfreien Lösungen. Ergebnis: Es werden Angestellte zur Bedienung der Geräte eingestellt und BGS-Beamte in die Bedienung eingewiesen.

Im selben Jahr stellt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Schäuble, Überlegungen an, die Bundeswehr als „Sicherheitsreserve“ von Polizei und BGS in ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept einzubeziehen. Wieder kontert die GdP: Wer die Verbesserung der inneren Sicherheit will, muss ganz besonders auf die verfassungsrechtlichen Eckpfeiler achten.

Das Thema „innere Sicherheit“ gewinnt immer mehr an Bedeutung in der öffentlichen und politischen Diskussion. Die GdP wirkt an dieser Diskussion aktiv mit. Damit festigt sich der Ruf der GdP, an öffentlichen Debatten zur inneren Sicherheit kompetent und sachgerecht teilzunehmen. Als der Bundeskanzler zum Phänomen der zunehmenden Gewalt in der Gesellschaft Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, von Wissenschaft, Politik und Polizei am 27. September 1993 an einen Tisch ruft, wird auch der GdP-Vorsitzende eingeladen. Dies wiederholt sich am 26. Januar 1994.

Die Tarifrunde 1993 bringt Einkommensverbesserungen um linear drei Prozent ab Januar – aber nach dem Willen der Bundesregierung eine entsprechende Verbesserung der Beamtenbesoldung erst vier Monate später. Und wieder wird demonstriert, diesmal gleich vor der Tür des Innenministers in Bonn zusammen mit den anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, und zwar am 20. April 1993. Es bleibt

Zum 1. Januar 1993 tritt der Europäische Binnenmarkt in Kraft; für 340 Millionen Menschen gibt es einen freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen.

1994

Auf dem Hintergrund einer anhaltenden öffentlichen Diskussion über die innere Sicherheit, auch über zunehmende Unsicherheits-

Anfang Mai 1994 findet der Gründungskongress des Bezirks BGS in Koblenz statt. Er nimmt im November 1994 mit seiner Geschäftsstelle in Köln seine Arbeit auf. Die bislang in den Landesbezirken organisierten BGS-Angehörigen haben nun eine eigene „GdP-Heimat“.

Der 20. Ordentliche GdP-Bundeskongress findet im November 1994 in Dresden statt.

1995

Das Bundesinnenministerium betreibt eine Dienstrechtsreform, um dem Leistungsprinzip verstärkt Rechnung zu tragen, wie es heißt. Tatsächlich – so der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz auf einer Protestkundgebung, die alle DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Bad Godesberg auf den Plan ruft – geht es um eine „Ellbogen-Quotierung“, weil nach dem Willen des Gesetzgebers höchstens zehn Prozent der Beschäftigten in den Genuss von Leistungsprämien kommen, während 90 Prozent leer ausgehen – was den Ärger und den Unmut unter den Kolleginnen und Kollegen vorprogrammiert.

Ein Experiment gelingt. Die JUNGE GRUPPE geht neue Wege, um Themen öffentlich zu machen. Sie veranstaltet auf dem Hintergrund einer ganzen Reihe von ausländerverfeindlichen Übergriffen, aber auch angesichts allgemein zunehmender Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft ihr erstes internationales Motorradtreffen unter dem Motto „Biker gegen Hass und Gewalt“. Über 1000 in- und ausländische Motorrad-Fans versammeln sich in Leipzig.

Einen ähnlichen Hintergrund hat die Auseinandersetzung, die die GdP im Mai 1995 mit amnesty international führt. Dem von ai vorgelegten Dossier von über 70 Einzelfällen erniedrigender Behandlung von Ausländern durch deut-



In großer Aufmachung berichteten griechische Zeitungen von der Demonstration der UISP in Athen. Das Foto zeigt Polizeigewerkschafter der UISP aus Europa zusammen mit ihren griechischen Kollegen.

bei der Abkoppelung; was die GdP erreicht, ist, dass die Sätze der Mehrarbeitsvergütung über die Linearanpassung hinaus angehoben werden.

Die Erfahrungen der GdP, für gewerkschaftliche Ziele Demonstrationen zu organisieren, sind auch im Ausland geschätzt. Als im April 1993 die griechische Regierung trotz eindeutiger Rechtslage der Polizeigewerkschaft in Athen rundheraus die Existenz bestreitet, hilft die GdP der UISP bei der Planung eines Demonstrationszuges zum griechischen Parlament. Erstmals erlebt man in Europa eine internationale Kundgebung von Polizeigewerkschaftern, jeweils in der Dienstkleidung ihres Heimatlandes. Erfolg: Ein halbes Jahr später ist die griechische Gewerkschaft offiziell anerkannt.

gefühle in der Bevölkerung, verabschiedet der GdP-Bundesvorstand im Februar 1994 ein Thesenpapier zur inneren Sicherheit. Darin heißt es, dass die originären Aufgaben der Polizei nicht zur Disposition gestellt werden dürfen. Immer mehr geraten nämlich die Aufgaben der Polizei in die Kritik, allerdings nur unter dem Gesichtspunkt leerer öffentlicher Kassen, während zugleich private Sicherheitsdienste sich anbieten, in tatsächliche oder vermeintliche Sicherheitslücken mit ihren Angeboten zu stoßen. Daher widmet sich die GdP immer intensiver dem Verhältnis von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. In zahlreichen Stellungnahmen in den Medien verdeutlicht die GdP ihre Position zum Gewaltmonopol des Staates und zum Boom privater Sicherheitsdienste, die keinerlei öffentlicher Kontrolle unterliegen.



Attraktion für fünf Millionen Zuschauer: Der Verpackungskünstler Christo (links mit seiner Frau) verhüllt im Juni 1995 den Berliner Reichstag; auch Bundespräsident Prof. Herzog ist dabei.

sche Polizeibeamte hält die GdP ihr eigenes Recherche-Ergebnis entgegen, wonach in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle der Vorwurf völlig ungerechtfertigt, in anderen Fällen nur die eine Seite gehört worden ist. Die GdP lädt hochrangige Vertreter von ai zu einem Gespräch am 26. September 1995 ein. Ergebnis: Über die Beachtung der Menschenrechte ist man sich völlig einig, doch klaffen die Auffassungen insbesondere über die Beweisführung in den behaupteten Fällen weit auseinander.

Noch einmal die JUNGE GRUPPE: Anlässlich der Tagung der Ministerpräsidenten der Länder im Oktober in Lübeck zeigen die jungen Kolleginnen und Kollegen, was sie von Kürzungsmaßnahmen

im öffentlichen Dienst halten. Sie kommen in kurzen Hosen.

Am 26. März 1995 tritt das Schengener Abkommen in Kraft. Damit entfallen die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen.

Was geschah noch? Am 23. Juni 1995 verhüllt der aus Bulgarien stammende amerikanische Künstler Christo den Berliner Reichstag mit 100.000 Quadratmetern Tuch, ein Ereignis, das fünf Millionen Zuschauer anzieht.

1996

Das Stichwort „Globalisierung“, bis dahin eigentlich nur für Fachleute ein Begriff, drängt 1996 im-

mer mehr ins öffentliche Bewusstsein. Im Juni 1996 protestierten mehr als eine Viertelmillion Menschen, darunter auch viele GdP-Mitglieder, bei einer DGB-Demonstration in Bonn gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Die Bundesregierung zeigt sich wenig beeindruckt. Zudem wird immer deutlicher, dass sich das Thema nur teilweise auf nationaler Ebene beeinflussen lässt. Nicht nur in Deutschland wird protestiert. Öffentliche Proteste in vielen Ländern führen schließlich dazu, dass der Wirtschaftsgipfel im Februar 1998 in London zu der eigentlich selbstverständlichen Erkenntnis kommt, wonach zu einer funktionierenden Wirtschaft untrennbar die Sozialpolitik gehört.

Das Thema ist auch für die Polizei und somit die GdP interessant, weil das Steueraufkommen, aus dem u. a. die Polizei finanziert wird, von der Wirtschaftsentwicklung bestimmt wird. Den leeren öffentlichen Kassen steht zudem ein immer lauter werdender Ruf der Öffentlichkeit nach mehr Sicherheit gegenüber.

Immer noch ist die geplante Dienstrechtsreform im Gesetzgebungsverfahren. Die GdP stellt in den Mittelpunkt ihres Protestes im April 1996 eine Postkartenaktion, bei der den beamtenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen „gelbe Karten“ geschickt werden. Als das Gesetz dann doch zum 1. Juli 1996 in Kraft tritt, sind ihm dank der gewerkschaftlichen Aktionen zumindest einige Zähne gezogen.

Wie empfindlich die Öffentlichkeit auf das Thema Atomenergie reagiert, zeigt sich im Mai 1996 beim „Castor-Transport“ von Atom Müll ins Zwischenlager nach Gorleben. Insgesamt sind rund 19.000 Polizeibeamte im Einsatz (nur zum Vergleich: Das sind deutlich mehr als ganz Dänemark überhaupt zur Verfügung hat). Es kommt zu teilweise sehr harten Auseinandersetzungen mit der Polizei.



Das Ausland wird im Rahmen von UN-Missionen immer häufiger zum Einsatzgebiet für deutsche Polizistinnen und Polizisten, hier 1996 in Bosnien-Herzegowina.

Ein seit Jahrzehnten immer wieder zwischen Bund und Ländern und der GdP erörtertes Thema nimmt erstmals einen erfolgversprechenden Weg, ein Beweis, wie

wichtig Hartnäckigkeit im gewerkschaftlichen Geschäft ist. Nachdem seit 1979 die Ausbildung für den gehobenen Dienst an Fachhochschulen stattfindet, soll nun die Initiative entwickelt werden,

auseinander: „Hauptstadt Berlin – Drehscheibe der Organisierten Kriminalität?“, womit auf die geografische Lage Berlins auf dem Kriminalitäts-Transitweg Ost-West hingewiesen wird.

Was für einzelne Polizeibeamte schon seit 1989 gilt, nämlich an Auslandsmissionen teilzunehmen, weitet sich im Jahr 1996 deutlich aus. In Bosnien-Herzegowina beteiligen sich deutsche Polizistinnen und Polizisten am UNO-Polizeikontingent, ein Einsatz, der im Jahre 2000 immer noch andauert.

1997

Je härter der Sparkurs von Bund und Ländern wird, umso phantasierbarer muss die GdP agieren, um das Ärgste an Zumutungen abzuwenden. Natürlich sind weiterhin Demonstrationen wegen ihrer Öffentlichkeitswirkung unverzichtbar, wie sich in Bonn, Dresden und Mainz erweist. Aber es muss noch etwas Neues her. So lässt die GdP am 3. Juli 1997 anlässlich der Tagung der Ministerpräsidenten der Länder in Bonn die „Bannmeile durch die Präsenz von Polizistinnen und Polizisten schützen, damit die Regierungschefs zu klugen Beschlüssen kommen“. Längs der Bannmeile wird eine Kette aus Kolleginnen und Kollegen gebildet, um so öffentlich deutlich zu machen, dass die Sparmaßnahmen, über die die Länderchefs beraten, keine rein akademische Angelegenheit sind, sondern unmittelbare Auswirkungen auf arbeitende Menschen, in diesem Fall bei der Polizei, haben.

Mit einer neuen – allerdings ungewollten – Rolle Berlins setzt sich eine Fachtagung der GdP am 12. September

Derselbe Gedanke führt im November 1997 zu einer weiteren neuen Form, um Politikern die Auswirkungen ihrer Beschlüsse vor Augen zu führen; die GdP lädt die Abgeordneten des Bundestagsinnenausschusses zu einem gemeinsamen Abend nach Bonn ein, um ihnen im Beisein von Kol-



„Gelbe Karte“ der GdP für die Dienstrechtsreform; DEUTSCHE POLIZEI berichtet im Mai 1996 über den Protest.

50 JAHRE GdP

leginnen und Kollegen aus ihren Wahlkreisen vor Augen zu führen, welche Auswirkungen die geplanten Veränderungen im Versorgungsrecht haben.

Es wirkt: So werden Pläne zur Kürzung der Sonderzuwendung – für Laien: Weihnachtsgeld – zurückgenommen. Und ganz wichtig: Überlegungen zur Heraufsetzung der vorgezogenen Altersgrenze für die Polizei – also über 60 Jahre hinaus – sind wieder vom Tisch.



Das Oder-Hochwasser im Sommer 1997 löst Hilfsmaßnahmen enormen Ausmaßes aus. Bundeswehr, Polizei und BGS sind zu Tausenden im Einsatz.

Es gibt aber noch weitere wichtige Themen für die GdP. So beschäftigt sich die Fachtagung Höherer Dienst im April 1997 in Karlsruhe mit dem Thema „Polizei im Wandel – Führung im Wandel“, bei dem es um die Neuorganisation der Polizei und deren Auswirkungen auf die polizeiliche Führung geht.

Eine weitere GdP-Fachtagung „Polizei im Wandel – Arbeitszeit im Wandel“ im November 1997 in Berlin greift einen gewerkschaftlichen „Evergreen“ auf, die Bedingungen des Wechselschichtdienstes.

Ein Schlagwort erreicht Deutschland: „Zero Tolerance“. New Yorks ehemaliger Polizeichef William Bratton reist einem Messias gleich durch deutsche Großstädte und verkündet sein Rezept unnachsichtiger

Verfolgung auch kleinster Rechtsverstöße.

Was geschah noch? Das Oder-Hochwasser im Juli 1997 löst einen Katastropheneinsatz enormen Ausmaßes aus. Zeitweise sind bis zu 14.000 Bundeswehr-Soldaten, rund 1600 BGS-Beamtinnen und -beamte und zahlreiche Polizei-Hundert-schaften aus mehreren Ländern im Einsatz.

1998

Wieder sind Ideen gefragt: Bei der Tarifrunde 1998 vermisst die GdP im öffentlichen und politischen Bewusstsein die Einsicht, dass es immer noch keine gleiche Bezahlung für den öffentlichen Dienst und somit für die Po-

lizei in Ost und West gibt. Die GdP hilft dem Bewusstsein nach: In einer aufsehenerregenden Kampagne wird die Angleichung gefordert: „Da fehlt noch was!“. Die Landesbezirke verteilen auf 85 DM



Eine pfiffige Idee: Die GdP „schützt“ am 3. Juli 1997 bei einer Demo in Bonn die Bannmeile, damit die Landesregierungschefs zu „klugen Beschlüssen“ kommen.

„reduzierte“ Hundert-Mark-Scheine, ein riesenhaft vergrößerter Geldschein, aufgehängt an einem Kran, ist für die öffentlichen Arbeitgeber unübersehbar, als sie zu Tarifverhandlungen in Stuttgart eintreffen.

Rein zahlenmäßig mag der Erfolg mit einer Anhebung der Ost-Gehälter auf 86,5 v. H. des West-Niveaus bescheiden sein, aber entscheidend ist, dass die prinzipiell ablehnende Haltung der öffentlichen Arbeitgeber durchbrochen worden ist.

Anfang Februar 1998 beschließt die Tarifpolitische Konferenz der GdP in Kassel das „Tarifpolitische Programm“.

Ende März 1998 wird in Arolsen ein Geburtstag gefeiert. Die JUNGE GRUPPE wird 30 Jahre.

Wieder ein Castor-Transport: Im Frühjahr 1998 ist diesmal Ahaus in Westfalen das Ziel. Abermals sind rund 10.000 Polizistinnen und Polizisten aus Bund und Ländern im Einsatz, und wieder mahnt die GdP, dass die Politik aufgefordert ist, einen gesellschaftlichen Konsens nicht nur über den Ausstieg aus der Technologie, sondern auch einen „Transport-Konsens“ herbeizuführen; derlei Kraftakte wie bei Castor-Einsätzen – so die GdP – zehren dermaßen an den personellen Möglichkeiten der Polizei, dass die „Löcher“ in der vom Bür-

ger dringend gewünschten Präsenz vor Ort unvermeidbar sind.

Der 21. Ordentliche Bundeskongress der GdP in Bremen geht mit seinem Motto „Ordnung schaffen – eine Aufgabe der Polizei?“ auf den dringenden



„Da fehlt noch was!“ Die GdP mahnt bei der Tarifrunde 1998, dass es immer noch keine gleiche Bezahlung für Ost und West gibt.

Wunsch der Bevölkerung nach mehr Sicherheit, aber auch nach mehr Ordnung ein. Die Diskussion mündet in ein viel beachtetes Positionspapier, das im November 1998 schließlich vom Bundesvorstand verabschiedet wird und eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit aller Behörden und Institutionen verlangt, die zur Erfüllung des Wunsches breiter Bevölkerungskreise beitragen können.

Der Kongress erlebt einen Generationswechsel. Nach fast zwölfjähriger Amtszeit wird Hermann Lutz, vier Monate zuvor 60 Jahre

leistungsgewerkschaft für den öffentlichen wie privaten Sektor zu



Generationswechsel an der Spitze der GdP. Nach fast zwölfjähriger Amtszeit wird Hermann Lutz verabschiedet. Zu seinem Nachfolger als GdP-Vorsitzender wird Norbert Spinrath gewählt, der den symbolischen Schlüssel zum GdP-Haus Hilden erhält.

schaffen, betont der Kongress, dass die GdP auch weiterhin als gewerkschaftliche Sprecherin der Polizeibeschäftigten selbstständig bleiben will.

Ende November 1998 verletzt in München eine Polizeibeamtin

alt geworden, verabschiedet. Zum Nachfolger wird Norbert Spinrath, Polizeihauptkommissar aus Nordrhein-Westfalen, gewählt.

Der Kongress tut ein Weiteres: Angesichts der Pläne mehrerer DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der DAG, aufgrund des Strukturwandels im öffentlichen Sektor eine gemeinsame Dienst-

durch einen Schuss aus der Dienstwaffe nicht nur einen mit einem Messer bewaffneten Angreifer tödlich, sondern unbeabsichtigt auch noch seinen hinter ihm auftauchenden Bruder. Die GdP nimmt den Vorfall zum Anlass, abermals gegenüber der Innenministerkonferenz auf die Einführung geeigneter „mannstoppender“ Munition bei der Polizei zu drängen. Das Plädoyer der GdP für eine neue Polizeimunition findet in den Medien breiten Widerhall.

Die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn ist in Bund und Ländern unterschiedlich vorangeschritten. Spitzenreiter ist das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von fast 77 Prozent im gehobenen Dienst, gefolgt von Hessen (ca. 62 Prozent), Rheinland-Pfalz (knapp 60 Prozent) und Niedersachsen (58 Prozent). Dieser Fortschritt stellt sich nicht von alleine ein. Die GdP bleibt in ihren Landesbezirken und Bezirken dicht am Ball, um bei Beratungen mit den Landtagen entsprechende Veränderungen der Stellenpläne zu erreichen.

Nach 16 Jahren endet die Ära Kohl: Die Bundesbürger wählen am 27. September 1998 einen neuen Bundestag, mit Kanzlerkandidat Gerhard Schröder gewinnt die SPD die Wahl; die rot-grüne Bundesregierung steht am 27. Oktober 1998.

1999

Berichte in den Medien über schadhafte Behälter bei Atommüll-Transporten führen verständlicherweise zu heftigen Irritationen in der Polizei. In einem Gespräch mit Bundesumweltminister Trittin erreicht die GdP die Zusage, dass neue Atomtransporte erst wieder möglich sein werden, wenn Gefahren durch austretende Strahlung für die transportbegleitenden Polizeikräfte ausgeschlossen sind.

Es ist schon bezeichnend – ausgerechnet die moderne Kommunikationstechnik offenbart, wozu der Mensch fähig ist:

Kinderpornografie verbreitet sich immer mehr im Internet. Die JUNGE GRUPPE (GdP) hält dagegen. Sie sammelt über 10.000 Protestpostkarten und übergibt sie im Juni 1999 der Innenministerkonferenz.

Sommerzeit – Gipfelzeit. In Köln gibt es einen Doppelgipfeleinsatz, der am 29. Mai 1999 mit einer Großdemonstration beginnt und am 21. Juni 1999 mit der Abreise von US-Präsident Bill Clinton endet. Dazwischen liegen der G-8-Gipfel und der EU-Gipfel. Im Einsatz sind über 12.000 Polizistinnen und Polizisten aus Bund und Ländern, die es in den Kölner Tagen auf rund 650.000 Überstunden bringen.

Ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung kommt auf eine Idee, die in der Konsequenz die Tarifautonomie aushebelt: Im Rahmen des Sparprogramms beabsichtigt die Bundesregierung, die Renten für 2000 und 2001 lediglich um die Preissteigerungsrate anzuheben. Der gleiche Satz soll für die Anhebung von Besoldung und Versorgung gelten – und gleichsam als Lohnleitlinie für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für das Frühjahr 2000 wirken.

Der Protest kommt postwendend und öffentlich. Auf Initiative der GdP kommt es zu einer eindrucksvollen Protestdemonstration der DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am Brandenburger Tor in Berlin gegen das „Besoldungsdiktat“. Erfolg: Der Bundesrat kippt im Dezember 1999 das vom Deutschen Bundestag verabschiedete Anpassungsgesetz.

Die Demonstration in Berlin hat aber noch ein weiteres Thema: die Ost-West-Angleichung. Die Forderung wird Ende November 1999 in Berlin in einer spektakulären



Die Farbe „grün“ herrscht vor. Auf Initiative der GdP protestieren die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Oktober 1999 am Brandenburger Tor gegen das Besoldungsdiktat.

Aktion unterstrichen. Mit einer Riesen-Salami macht die GdP ihre Forderung deutlich: „Hundert Prozent jetzt – Schluss mit der Salami-taktik!“

Krieg in Europa. Als im Frühjahr 1999 Luftstreitkräfte der NATO Jugoslawien angreifen, um weitere Vertreibungen von Albanern aus dem Kosovo zu verhindern, ahnt noch niemand, dass dieses Ereignis auch für die Polizei relevant werden soll. Nach Beendigung der Bombardements und dem Einzug von Bodentruppen im Sommer

sten des deutschen UNO-Kontingents im Kosovo ein. Schnell wird klar, dass die GdP sich vor Ort ein Bild von den Einsatzbedingungen machen muss. Der GdP-Vorsitzende Norbert Spinrath besucht zusammen mit Kolleginnen der GdP-Pressestelle die Kolleginnen und Kollegen. Das anschließend veröffentlichte *dp special* „mission impossible?“ findet so große Zustimmung, dass davon für die ausländischen Polizeikräfte im Kosovo noch eine englische Fassung erstellt wird.

Zu Hause in Deutschland gilt für



Die GdP kümmert sich um die Kolleginnen und Kollegen im Auslandseinsatz, hier der GdP-Vorsitzende Norbert Spinrath mit Angehörigen des multinationalen Polizeikontingents im Kosovo im Herbst 1999.

1999 wird schnell deutlich, dass zivile Polizeikräfte dringend benötigt werden, um im Kosovo wieder für ein friedliches Zusammenleben zu sorgen, eine zunächst fast unmöglich erscheinende Aufgabe.

Im Herbst 1999 treffen die ersten Polizistinnen und Polizei-

die Gewerkschaftsarbeit „Business as usual“, was bekanntlich inzwischen bedeutet, die ärgsten Zumutungen abzuwenden. So gelingt es der GdP zum Jahresende 1999, vorgesehene Einschnitte in das Beihilfe- und das Urlaubsrecht wieder rückgängig zu machen.

Einer der größten Erfolge, was das gewerkschaftliche Engagement für eine sachgerechte Ausstattung der Polizei angeht, gelingt Ende November 1999: Die Innenministerkonferenz folgt endlich dem Drängen der GdP zur Einführung einer neuen Polizeimunition und beschließt die entsprechende neue Technische Richtlinie.

Im Sommer 1999 ziehen der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung nach Berlin um. Das Hauptstadtleben in Berlin beginnt.

Eine neue Währung wird eingeführt. Ab 1. Januar 1999 gilt die neue EU-Währung EURO, bis 2002 nur im bargeldlosen Verkehr, danach soll er die nationalen Währungen ganz ablösen.

2000

Was ist zu diesem Jahreswechsel, der zugleich auch ein Jahrtausendwechsel ist, nicht alles an Katastrophen vorausgesagt worden. Vor allem die Computer! Insbesondere die Sicherheitsbehörden sind zu Sylvester und Neujahr in Alarmbereitschaft, und was passiert? Fast nichts, gepflegte Langeweile allenthalben. Es ist ein Jahreswechsel, der gehörig gefeiert wird, aber erstaunlich ruhig und friedlich bleibt.

Leider hält die Friedlichkeit nicht lange an. Schon in den ersten sechs Monaten des Jahres werden fünf Polizisten und zwei Polizistinnen ermordet. Es ist nicht alleine die Häufung der Fälle, die bestürzt macht, sondern vor allem die Bedenkenlosigkeit der Gewaltanwendung. Ein Kollege wird am 18. Januar 2000 bei einer Radarkontrolle an der Autobahn er-

schossen, ein weiterer stirbt am 28. Januar 2000 an Schussverletzungen, als er zu einer Familienstreitigkeit gerufen wird, und die Polizistin wird am 27. Februar 2000 in ihrem Streifenwagen durch Messerstiche getötet, als sie auf dem Weg zu einer Streitschlichtung ist. Eine Polizeibeamtin und zwei Polizeibeamte sterben durch Schüsse am 14. Juni 2000, weil ein



Mit einer Riesen-Salami macht die GdP im November 1999 ihre Forderung zur Tarifrunde 2000 deutlich: „Hundert Prozent jetzt, Schluss mit der Salami-Taktik!“

psychisch Gestörter sich an der Polizei rächen will. Wenige Tage später, am 22. Juni 2000, wird ein Polizeibeamter tödlich verletzt; der Täter ist im Handgemenge an seine Dienstwaffe gelangt und hat sofort geschossen.

Zusammen mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) ergreift die GdP gegenüber der Innenministerkonferenz die Initiative, um über die systematische Analyse der letzten ca. 500 Fälle lebensbedrohlicher Angriffe auf Polizeibeamte Erkenntnisse über Lagekonstellationen bzw. Tätertypologien zu gewinnen.

Das Thema „Bundeswehr und Polizei“ ist wieder aktuell geworden. Sparzwänge, aber auch die völlig veränderte Bedrohungslage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben aufgezeigt, dass die Bundeswehr sich in ihrer Aufgabe, Größe und Funktion verändern muss. Verteidigungsminister

Scharping hat im Mai 1999 eine „Zukunftskommission Bundeswehr“ eingesetzt, in die auch der ehemalige GdP-Vorsitzende Hermann Lutz berufen worden ist. Die GdP engagiert sich besonders bei der Diskussion um mögliche Aufgabenveränderungen der Bundeswehr. In einem Grundsatzpapier, das im März 2000 in Berlin vorgestellt wird, bekräftigt die GdP das

Trennungsgebot des Grundgesetzes zwischen Polizei und Bundeswehr und unterbreitet Vorschläge, im Falle von Auslandseinsätzen eine sinnvolle Zusammenarbeit militärischer und polizeilicher Kräfte sicherzustellen.

Im März 2000 wird das Kümern der GdP um Kolleginnen und Kollegen in Auslandseinsätzen ergänzt durch einen Besuch des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg in Bosnien-Herzegowina.

50 Jahre Gewerkschaftsarbeit spiegeln sich unter anderem in der Entwicklung der beruflichen Möglichkeiten und des Einkommens wieder.

1950 ist der als Beispiel angeführte Kollege (32 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, zehn Jahre im Dienst) noch Polizeihauptwachtmeister gewesen; inzwischen ist er in den Ländern, die in der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn fortgeschritten sind, Polizeioberkommissar. Sein Einkommen: 5315,52 DM. In den übrigen Ländern ist er in der Regel noch Polizeiobermeister mit einem Einkommen von 4538,27 DM. Der ebenfalls als Beispiel

50 JAHRE GdP

angeführte Angestellte der Vergütungsgruppe VII BAT erhält 3802,29 DM.

Die Tarifangleichung Ost wird zum beherrschenden Thema der Tarifrunde 2000. Auf dem Verhandlungswege bewegen sich die öffentlichen Arbeitgeber bis Anfang Mai 2000 zu diesem Thema um keinen Zentimeter. Im anschließenden Schlichtungsverfahren kommt es zwar zu einem Angebot, die Angleichung Ost bis zu 90 Prozent im Jahr 2002 fortzuführen, aber das ist den Mitgliedern zu wenig. Die Große Tarifkommission lehnt das Angebot ab, Anfang Juni 2000 ruft die GdP zur Urabstimmung. Rund 91 Prozent der Abstimmungsberechtigten lehnen ab, zusammen mit den übrigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kommt es doch noch zu einer Verhandlung. Das Ergebnis macht niemanden froh, insbesondere wegen des sehr mageren Fortschritts bei der Ost-Angleichung



Eine unhaltbare Grenze, die Tarifgrenze, machen Kolleginnen und Kollegen in Berlin bei der Tarifrunde 2000 deutlich.

Streik nicht herauszuholen gewesen wäre.

Die erste Weltausstellung auf deutschem Boden, die „EXPO 2000“, öffnet in Hannover am

ausländische Polizeikräfte auf dem EXPO-Gelände Dienst, und zwar mit offiziellen Befugnissen. Dafür ist extra das Niedersächsische Polizeigesetz geändert worden. Die GdP hat ein Betreuungsprogramm, u. a. einen „GdP-Treff“, für alle im Rahmen der EXPO eingesetzten Einsatzkräfte organisiert.

Am 14. September 2000 folgt die GdP ganz der Lehre der Kriminologie: Sie kehrt zu ihrem 50. Geburtstag an den Ort der Tat zurück. Im Hamburger Rathaus wird das Jubiläum gefeiert, Bundeskanzler Gerhard Schröder hat zugesagt, die Ansprache zu halten.



Technisch auf der Höhe: das neue „Polizeiliche Unterstützungssystem“ (POLEUS) des BGS, das zur EXPO 2000 eingeführt wird.

chung und der immer noch fehlenden Perspektive für die vollständige Angleichung, doch muss – zähneknirschend – eingesehen werden, dass mehr auch mit einem

1. Juni 2000 die Tore, zugleich ein fünfmonatiger Dauereinsatz von mehr als 7.000 Polizistinnen und Polizisten aus allen Ländern. Ganz neu: Erstmals versehen rund 250

50 Jahre GdP - das sind fünf Jahrzehnte gewerkschaftlicher Arbeit, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dies gilt seit Gründung bis heute:

– Es sind die Beschäftigten in der Polizei, die ihre Wünsche, Forderungen und auch ihre Sorgen in das Auftragsbuch der GdP schreiben, wobei die Palette von Bewertung und Bezahlung über die beruflichen

Perspektiven bis hin zu Fragen der Arbeitsplatzgestaltung und der technischen Ausstattung reicht,

– es sind die Bürgerinnen und Bürger, die letztlich in jeglicher Betrachtung die Kunden der Polizei und ihrer Arbeit sind und deren Zufriedenheit über die Arbeitsleistung der Polizei insgesamt

**Hamburger
Abendblatt vom
15. September
1950**

Polizeigewerkschaft gebildet
Hamburg (Eig. Ber.) — Die Berufsverbände der Polizeibeamten der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Westberlins haben am Donnerstag in Hamburg die „Gewerkschaft der Polizeibeamten“ gebildet. Die neue Gewerkschaft hat ihren vorläufigen Sitz in Düsseldorf. Zum Ersten Vorsitzenden wurde Polizeidirektor Fritz Schulte, Wuppertal, gewählt. Die neue Gewerkschaft will selbständig arbeiten und sich nicht an den deutschen Beamtenbund anschließen.



Das Jahr 2000 bringt für die Polizei Trauer und Leid. In den ersten sechs Monaten werden zwei Polizistinnen und fünf Polizisten ermordet.

ein beachtlicher Faktor dafür ist, wieviel Geld die Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern für die Polizei bereit stellen.

Die gewerkschaftliche Zielsetzung orientiert sich deshalb nicht nur an den durchaus legitimen Interessen der eigenen Gruppe, sondern ist ebenso auf das Gemeinwohl gerichtet; so hat es auf dem Bundeskongress der GdP im Oktober 1968 in Berlin der damalige GdP-Vorsitzende Werner Kuhlmann formuliert.

So hat die GdP genau das wahr gemacht, was die Zeitungsnotiz zur Gründung der

GdP am 14. September 1950 in Hamburg gemeldet hat: Sie ist ein Zusammenschluss der



Internationale Polizeipräsenz bei der EXPO 2000, hier Kollegen aus Frankreich, England und Schweden.

Landesorganisationen auf Bundesebene. Heute zählt sie 16 Landesbezirke sowie die Bezirke BKA und BGS. Sie organisiert, und das von Anbeginn an, Beamtinnen und Beamte sowie die Tarifbeschäftigten der Polizei. Vor allem aber ist sie das, was in der damaligen Zeitungsmeldung als Attribut nachzulesen ist:

Sie ist als Sprecherin der Polizeibesetzten selbstständig.

Quellen:

- Hübner, Beginn und Aufstieg
- Die deutsche Polizei, ihre Geschichte, ihre Gewerkschaft, Daten-Fakten-Meinungen
- DEUTSCHE POLIZEI